Hansestadt Wipperfürth

N I E D E R S C H R I F T

Sitzung:	Stadtrat III/18
Sitzungstag:	Donnerstag, den 31.01.2013
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	20:15 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.1.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2013/128

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW - entfällt -

1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
- entfällt -

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Wahlen zu den Ausschüssen
Vorlage: V/2013/935

1.4.2. Ermächtigungsübertragung vom Haushaltsjahr 2012 ins Haushaltsjahr 2013
Vorlage: V/2013/937

1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: V/2013/934/1

1.5.2. I. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
Vorlage: V/2012/924

1.6. Anfragen

1.6.1. Sportstätten;
Koppelberg, Harald / UWG-Fraktion, vom 16.01.2013
Vorlage: F/2013/140

1.7. Anträge

1.7.1. Beratungsgremium / Arbeitskreis für Fragen des demografischen Wandels;
Schmitz, Andreas / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom 16.01.2013
Vorlage: A/2013/123

1.8. Mitteilungen

1.8.1. Sachstandsbericht zur Sanierung der Dreifachturnhalle Mühlenberg
Vorlage: M/2013/132

1.8.2. Neue beratende Mitglieder der Gerichtsbarkeit im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: M/2013/130

2. Nichtöffentliche Sitzung

2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2.2. Anerkennung der Tagesordnung

2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW

2.4. Beschlüsse

2.4.1. Vorbereitung der Wahl der Schöffinnen und Schöffen;
Vorschläge an den Kreistag zur Wahl der Vertrauenspersonen in den Schöffenwahl-Ausschuss beim Amtsgericht
Vorlage: V/2013/936

2.4.2. Abschluss eines Vergleiches in einem Klageverfahren
Vorlage: V/2013/938

2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen - entfällt -

2.6. Anfragen - keine -

2.7. Anträge - keine -

2.8. Mitteilungen

2.8.1. Situation Alte Drahtzieherei
Vorlage: M/2013/129

2.8.2. Schulleiterstelle EGS Albert Schweitzer

2.8.3. Prüfung der Jahresabschlüsse

Hansestadt Wipperfürth

A N W E S E N H E I T S L I S T E

zur Sitzung des Rates,
am *31.01.2013*
von *17:00* Uhr bis *20:15* Uhr

Anwesend:

Vorsitzender		
von Rekowski, Michael	parteilos	Bürgermeister
Ratsmitglieder		
Ahus, Margit	CDU	
Berster, Heribert	CDU	
Billstein, Regina	SPD	ab TOP 1.5.1, 17.10 Uhr
Bongen, Hermann-Josef	CDU	bis TOP 2.8.3, 20.10 Uhr
Brachmann, Peter	SPD	
Bremerich, Josef	CDU	
Dellweg, Friedel	CDU	
Emde, Kai	FDP	
Felderhoff, Klaus-Dieter	UWG	
Frielingsdorf, Hans-Otto	UWG	
Goller, Christoph	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Gottlebe, Joachim	SPD	ab TOP 1.4.1, 17.05 Uhr
Grolewski, Joachim	UWG	
Grüterich, Norbert	CDU	
Hirsch, Hartmut	CDU	
Koppelberg, Harald	UWG	
Kremer, Stephan	CDU	ab TOP 1.5.12 bis TOP 2.8.3, 18.15 Uhr bis 20.10 Uhr
Lambert, Bernd	CDU	
Mederlet, Frank	SPD	
Metzger, Andreas	SPD	
Palubitzki, Lothar	CDU	
Scherkenbach, Friedhelm	CDU	
Schmitz, Andreas	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Schneider, Eva	CDU	
Schnepper, Josef W.	FDP	
Schulte-Thiele, Klaus	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Stefer, Michael	CDU	ab TOP 1.5.1 bis TOP 1.7.1, 18.30 Uhr bis 20.00 Uhr
Stein, Günter	SPD	
Surborg, Joachim	CDU	
Wurth, Ralf	SPD	
Wuttke, Henry	FDP	

Verwaltungsvertreter/in

Barthel, Volker	intern	StBD
Persian, Dietmar	intern	Leiter RGM, ab TOP 1.5.1, 17.10 Uhr
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD

Schriftführer/in

Breuer, Reinhard	intern	StAR

Es fehlten:

Blechmann, Karin	SPD
Börsch, Thomas	UWG
Klett, Stefan	CDU
Köser, André	CDU
Müller, Hans-Peter	CDU

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung einvernehmlich anerkannt.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.1.3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2013/128

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW - entfällt -

1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW

- entfällt -

1.4 Beschlüsse

1.4.1 Wahlen zu den Ausschüssen
Vorlage: V/2013/935

Beschluss:

Zur Nachfolgerin des aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt ausgeschiedenen sachkundigen Bürgers Christan Berger wird die sachkundige Bürgerin Frau Linda Amamra, wohnhaft Niederwipper 23, gewählt.
Die persönliche Stellvertretung bleibt bezogen auf diesen Ausschusssitz unverändert (1. Stellvertreter = Herr Helmut Gomolzig, sk.B. / 2. Stellvertreter = Herr Lorenz Duhm, sk.B.).

Herr Berger scheidet als 1. persönlicher Stellvertretender für das ordentliche Ausschussmitglied Josef Schnepper aus dem Bauausschuss aus; 1. persönliche Stellvertreterin wird dadurch Teresa Schnepper, bisher 2. persönliche Stellvertreterin.

Herr Berger scheidet ferner als persönlicher Stellvertreter für das ordentliche Ausschussmitglied Monika Duhm aus dem Ausschuss für Schule und Soziales aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.2 Ermächtigungsübertragung vom Haushaltsjahr 2012 ins Haushaltsjahr 2013
Vorlage: V/2013/937

Beschluss:

Die in der Anlage*) einzeln aufgeführten Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2012 in das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von insgesamt 3.863.243 €, davon 1.089.617 € im Ergebnisplan und 2.773.626 € im Finanzplan, werden gem. § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) zur Kenntnis genommen und beschlossen.

*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: V/2013/934/1

A Über die schriftlich eingereichten Änderungsanträge der Ratsfraktionen zum Haushaltsentwurf 2013 wird wie folgt beschlossen:

1.) <u>auf Antrag Nr. 1 der CDU-Fraktion</u>

Aus der Position „Zuschüsse an übrige Bereiche“ (Finanzierungszuschuss „Wir Wipperfürther“) Produkt 1.16.01, Seite II – 406, wird eine Summe in Höhe von 20.000,00 Euro zugunsten des Haupt- und Finanzausschusses gesperrt. Anlehnend an den Finanzbedarf des letzten Jahres werden von der Stiftung weitere Konsolidierungsmaßnahmen erwartet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen

2.) <u>auf Antrag Nr. 3 der SPD-Fraktion</u>

Der Jahreszuschuss der Stadt für die Alte Drahtzieherei wird ab 2014 kontinuierlich um mindestens 7.500.- Euro pro Jahr zurück gefahren. Der Rat erwartet, dass darüber hinaus gehende wirtschaftliche Verbesserungen der GmbH/ Bürgerstiftung erzielt werden und dann der Rücklage der Einrichtung zugeführt werden. Aktuell in 2012 erzielte Überschüsse sind zur Zuschussbedarfsreduzierung durch die Stadt und Rücklagenbildung zu verwenden.

Die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Alten Drahtzieherei im Rat (schriftlich) und Haupt- und Finanzausschuss (mündlich) wird fortgesetzt.

Der Haupt- und Finanzausschuss wird sich dabei insbesondere den Themen Stundenverrechnungssätze und Nutzungen durch die Stadt und ihrer Einrichtungen und Gliederungen befassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen

3.) <u>auf Antrag Nr. 2 der CDU-Fraktion</u>

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Haupt- und Finanzausschuss am 16.04.2013 alle Planungskosten, die intern und extern in den beiden Jahren 2011 und 2012 gezahlt wurden, sowie die voraussichtlichen Planungskosten für das Jahr 2013 nach Art und Höhe aufzulisten. Dies gilt für alle Fachbereiche sowie für das Regionale Gebäudemanagement. Weiterhin werden dem Ausschuss die Möglichkeiten aufgezeigt, welche Planungen von eigenen qualifizierten Mitarbeitern der Verwaltung getätigt werden können bzw. wie der Zeitaufwand für begleitende Maßnahmen ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4.) <u>auf Antrag Nr. 3 der CDU-Fraktion</u>

Zum Haupt- und Finanzausschuss am 16.04.2013 wird eine Auflistung aller freiwilligen Leistungen nach Art und Höhe der Jahre 2011 und 2012 sowie die voraussichtlichen Zahlungen für das Jahr 2013 erstellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

5.) auf Antrag Nr. 4 der CDU-Fraktion

Bezogen auf die Ergebnisse der Jahre 2011 und 2012 wird die Summe im Produkt 1.11.02, Projektnummer 5000032, Seite II - 296 „Sonstige Kanalsanierungen“ um 100.000,00 Euro reduziert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

6.) auf Antrag Nr. 5 der CDU-Fraktion

Im Produkt 1.13.02 „Friedhöfe“ wird beschlossen, dass neben dem Westfriedhof auch auf allen anderen Wipperfürther Friedhöfen Flächen für anonyme Gräber bereitgestellt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7.) auf Antrag Nr. 6 der CDU-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Mittel für die beantragten Kunstrasenplätze in Klaswipper und Wipperfeld sowie für den Naturrasenplatz in Hämmern in den Haushalt 2013 einzustellen. Hierbei ist, wie auch bei den bisherigen Plätzen in Agathaberg, Kreuzberg und Thier, die maximale Summe von 200.000,00 Euro pro Kunstrasenplatz sowie eine Summe in Höhe von maximal 50.000,00 Euro (50 % der veranschlagten Bausumme) für den Sportplatz in Hämmern zu berücksichtigen.

Darüber hinaus ist für alle Kunstrasenplätze/Naturrasenplätze mit den Vereinen ein Konzept zu erstellen, wie die Folgekosten der Plätze aufzubringen sind. Dieses Konzept ist dem zuständigen Fachausschuss bis zur Sommerpause 2013 zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.) auf Antrag Nr. 1 der SPD-Fraktion

Im Zuge der Generalsanierung der Halle Mühlenberg wird geprüft, ob eine Verbesserung im Eingangsbereich (Empfang) durch Schaffung/Anbau eines Foyers oder ähnlichem in wirtschaftlich vertretbarem Aufwand umsetzbar ist. Die Beratung hierüber erfolgt im Bauausschuss. Gegebenenfalls sind Mehrkosten einzuplanen und über den Haupt- und Finanzausschuss zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen

9.) auf Antrag Nr. 4 der SPD-Fraktion

Bis zur Sommerpause 2013 wird eine Arbeitsgruppe aus Rat und Verwaltung eingerichtet an der jede Fraktion zu beteiligen ist, um den Themenbereich Ziele und Kennziffern des NKF Haushaltes zu überarbeiten. Aufgabe ist es die Ziele und Kennziffern so zu anzupassen, dass Vergleichbarkeit, politische Steuerung und Controlling verbessert werden.
Dem Rat wird hierzu ein Vorschlag bis zur Einbringung des Haushalt 2014 unterbreitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10.) auf Antrag Nr. 5 der SPD-Fraktion

Der Haupt- und Finanzausschuss wird sich bis spätestens Herbst 2013 mit dem Thema Hallennutzungsbedarfe für Schulen (Schulfeiern, Zeugnisvergaben etc), Karnevalsverein, Musikverein und andere befassen. Die Möglichkeiten der Alten Drahtzieherei und der Mühlenberghalle sind in die Überlegungen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11.) auf Antrag Nr. 6 der SPD-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, zu einem runden Tisch Tourismus/Naherholung einzuladen, um mit den Einrichtungen und Betrieben des Fremdenverkehrs (Gastronomie, Kneipen, Hotels etc.) sowie der heimischen Wirtschaft (z. B. im Rahmen des Wirtschaftsforums) dem ESW sowie den Akteuren des Tourismus wie der Naturarena, dem Heimat und Geschichtsverein, Vertretern des Stadtrates (Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur federführend), den Vereinen (u. a. Angebote Basisstation) etc zu erörtern, welche Möglichkeiten der schrittweisen Professionalisierung des Wirtschaftsfaktors Tourismus in Wipperfürth umsetzbar sind (z. B. Schaffung einer halben Stelle außerhalb des Rathauses, weitere Vernetzung der Angebote, Sponsoring usw.).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12.) auf Antrag Nr. 7 der SPD-Fraktion

Der Rat bekräftigt die Stärkung und Intensivierung der Zusammenarbeit am Schulzentrum Mühlenberg.
Die Verwaltung ist beauftragt, dem Schulausschuss sowie dem Bauausschuss die baulichen und organisatorischen Vorhaben (u.a. Umzug der Musikschule) im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel vor Umsetzung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

13.) Antrag Nr. 4 der UWG-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat darzustellen, wie mit den künftig freiwerdenden Raumkapazitäten von Schulgebäuden umgegangen werden soll.
Gleichzeit soll erörtert werden, ob sich nicht weitere Möglichkeiten für ein Archiv eröffnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14.) Antrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Für die öffentlichen Grünanlagen werden Paten gesucht (Ausschreibung), die diese pflegen und gestalten dürfen/sollen. Den pflegenden Unternehmen, Vereinen etc. ist eine angemessene Werbung auf den Objekten zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15.) Antrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

II-251 - Sachkonto 529100: In dieser Haushaltsposition werden die dort eingestellten Mittel von 13.000 € für ein "Demographiekonzept" zugunsten des Haupt- und Finanzausschuss gesperrt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16.) Antrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Beantragt war, das GMA-Gutachten (Aufwand 19.000 Euro) fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

17.) Antrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Sachkonto 543500 - Telefongebühren: Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebühren auf Höhe und Struktur zu überprüfen und Einsparpotentiale zu nutzen. - Dieser Markt ist ein sich ständig ändernder Markt und bietet Möglichkeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18.) Antrag der FDP-Fraktion

In Ergänzung des Antrags der CDU-Fraktion, Punkt 2 (Planungskosten) wird die Verwaltung zusätzlich beauftragt, zum Haupt- und Finanzausschuss am 16.04.2013 alle in den Jahren 2011 / 2012 / 2013 entstandenen bzw. zu erwartenden Beratungskosten nach Art und Höhe aufzulisten.

Als „Beratungskosten“ werden alle Kosten definiert, die durch externe Beratungsleistungen wie Rechtsberatung, Personalberatung u.ä. entstehen, soweit sie nicht unter „Planungskosten“ erfasst sind.

Weiter wird um Mitteilung gebeten, welche Rahmen- oder Pauschalverträge die Stadt mit externen Beratern abgeschlossen hat.

Das Thema ist evtl. im nichtöffentlichen Teil der HFA-Sitzung zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19.) Gemeinsamer Antrag aller Ratsfraktionen

In Anlehnung an das Haushaltsbuch 2013 Vorgaben und Vorhaben der Stadt Wipperfürth wird zur **HS/Projektnummer 5000074 (S.II 315) Erneuerung Straßenbeleuchtung,** eine Ausgabensperre zum Zwecke der Beratung im Fachausschuss beschlossen.
Zum Haushalt 2012 wurden zu diesem Projekt (2012-2017) jeweils 200T€ beschlossen. Im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres 2012 wurden zusätzlich 30T€/Jahr freigegeben, um Maßnahmen zur Verkabelung und Infrastruktur zu finanzieren. Im HS 2013 wurden diese Planzahlen nochmals erheblich erhöht.
Für die Differenz der abgestimmten Planzahlen zu den heutigen, wird eine Ausgabensperre beschlossen. Konkret wird eine Ausgabensperre für die zusätzlichen 200T€ in 2013, 2014, und 2015 beschlossen. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Wirtschaftlichkeit in Form einer Wirtschaftlichkeitsberechnung darzustellen.
Die Kostensteigerung ist darzustellen und zu begründen. Ferner ist ein Konzept zur Leuchtenumsetzung vorzustellen. Konzept, Wirtschaftlichkeit und Zeitplanung sind im entsprechenden Arbeitskreis vor zu beraten und dem Bauausschuss zu berichten. Die entsprechende Freigabe für weitere Ausgaben über die zusätzlichen Mittel ist im Bauausschuss zu klären und zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B) Den vom Unterausschuss Personal am 22. Januar 2013 empfohlenen Änderungen des Stellenplanes 2013 gegenüber dem eingebrachten Entwurf *) wird zugestimmt.

*) siehe Anlage 6 zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

C) Der von der Verwaltung in der Sitzung des Rates am 11. Dezember 2012 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2013 mit dem dazu gehörenden Haushaltsplan und seinen Anlagen (insbesondere Haushaltssicherungskonzept 2013 - 2023) wird unter Berücksichtigung der Teilbeschlüsse zu 1. und 2. einschließlich der seit Einbringung bis heute eingetretenen Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans lt. beiliegendem Veränderungsnachweis *) beschlossen.

*) siehe Anlage 7 zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

****

Ratsherr **Koppelberg** zieht zu Beginn der Beratung den Antrag Nr. 3 seiner Fraktion betreffend Schuldendiensthilfe TV Klaswipper zurück. Anschließend informiert Stadtkämmerer **Trompetter** den Rat darüber, dass während der öffentlichen Auslegung des Haushaltsentwurfs keine Einwendungen aus der Bürgerschaft geltend gemacht worden sind. Er erläutert sodann die Übersicht aller Fraktionsanträge, die als Hilfe beim Abstimmungsverfahren dienen könne und an die Sitzungsteilnehmer verteilt worden war.

Im Anschluss an die Beschlussfassung zu 2.) (über den Antrag Nr. 3 der SPD-Fraktion bezüglich der kontinuierlichen Reduzierung des Zuschusses für die Alte Drahtzieherei) erklärt Ratsherr **Koppelberg**, er halte das Abstimmungsverfahren für unbefriedigend, nachdem über den Antrag der UWG-Fraktion nicht mehr abgestimmt wird und durch die Beschlüsse zu 1.) und 2.) eine anderweitige Entscheidung getroffen ist. Ratsherr **Schmitz** zieht den Antrag Nr. 5 seiner Fraktion zurück, der ebenfalls die Zuschussgewährung an die Bürgerstiftung bzw. die Alte Drahtzieherei betraf.

Vor der Abstimmung über den Antrag Nr. 6 der CDU-Fraktion betreffend die Rasenplätze kündigt Ratsherr **Mederlet** an, im Falle der Zustimmung den Antrag Nr. 2 seiner Fraktion zurück zu ziehen, da dieser Antrag dieselben Ziele hat und die Zuschussgewährung für den Naturrasenplatz in Hämmern bereits in diesem Jahr, also ohne Verpflichtungsermächtigungen, zu finanzieren sein wird.

Zur Abstimmung über den Antrag Nr. 2 der UWG-Fraktion bezüglich der Gestaltung von Kreditverträgen erklärt Stadtkämmerer **Trompetter**, dass der Antragsinhalt haushaltsrechtlich problematisch sei. Er biete an, diese Thematik im Rahmen einer Mitteilung etwa im Haupt- und Finanzausschusses einmal detailliert vorzustellen. Ratsherr **Koppelberg** zieht daraufhin diesen Antrag seiner Fraktion zurück und kündigt an, das Thema im Rahmen einer Anfrage in die Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses einzubringen.

Bei der Abstimmung über den Antrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (Demografiekonzept besteht Einigkeit darüber, dass nur über den ersten Satz des Antrags, nämlich die Mittelsperrung zugunsten des Haupt- und Finanzausschusses, abgestimmt wird, nachdem über den Antrag der Fraktion auf Bildung eines Arbeitsgremiums – siehe TOP 1.7.1 – noch nicht beraten und entschieden ist.

Anlagen:

Anlage 1: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Friedhelm Scherkenbach (CDU)
Anlage 2: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Frank Mederlet (SPD)
Anlage 3: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Harald Koppelberg (UWG)
Anlage 4: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Andreas Schmitz (B.90/Die Grünen)
Anlage 5: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Josef Schnepper (FDP)

Anlage 1

Haushaltsrede

des Vorsitzenden der CDU-Fraktion

Friedhelm Scherkenbach

Wipperfürth, den 31.01.2013

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung,

„Spare in der Zeit – dann hast du in der Not".
Mit diesen Worten kommentierte die BLZ die Einbringung des Haushaltes in der Ratssitzung vom 11.12.2012. Nun gibt es allerdings auch noch ein anderes Sprichwort **„Woher nehmen, wenn nicht stehlen".**
Nun liegt es mir fern andere des Diebstahls zu bezichtigen, allerdings möchte ich zu Beginn meiner Haushaltsrede das **„nehmen"** doch nochmal aufgreifen.
Wir erinnern uns noch sehr gut an die erste Ratssitzung im Jahre 2012, in der die Bombe platzte, dass wir die von der Verwaltung eingerechneten Fördergelder für den geplanten U3 Ausbau in Höhe von ca. 1,2 Mio. € von Land und Bund nicht bekommen würden.
Der Staat gibt Gesetze vor, die von den Kommunen umgesetzt werden **müssen,** vergessen dann aber die Musik zu bezahlen und lassen die Kommunen am langen Arm verhungern – wo ist hier das Konnexitätsprinzip?
1,2 Mio. € die uns in allen Belangen fehlen um unseren Haushalt zu konsolidieren.
Nur die Tatsache, dass die Gewerbesteuererträge höher ausfallen als prognostiziert, half uns diese enorme Summe von 1,2 Mio. € aufzufangen. Jedoch auch an dieser Stelle werden wir als Kommune wiederum bestraft. Durch das hohe Steueraufkommen, wie schon in der Einleitung des Haushaltsentwurfes genannt, werden seitens des Landes zukünftig keine Schlüsselzuweisungen mehr gezahlt und wir müssen sofort eine Verschlechterung von ca. 3,9 Mio. € in unserem Haushalt verzeichnen. Rechnet man nun noch die Kreisumlage mit ca. 1 Mio.€ Mehrbelastung hinzu, wird uns von den übergeordneten Stellen bereits eine Summe von ca. 4,9 Mio.€ und somit ein enormer finanzieller Spielraum **genommen.**
Ich möchte das Thema GFG und Kreisumlage an dieser Stelle nicht vertiefen, aber der Hinweis muss erlaubt sein, dass alle Sparbemühungen einer Kommune hiermit zunichte gemacht werden.

Und trotzdem sind wir lt. Aussage der Verwaltung in der glücklichen Lage, ein genehmigungsfähiges HSK vorzulegen.
Dies ist allerdings nur durch die Erweiterung der mittelfristigen Finanzplanung auf 10 Jahre möglich geworden.
Um nun aber dennoch nicht in Verhältnisse umliegender Kommunen zu kommen, müssen wir weiterhin an der Konsolidierung unseres Haushaltes arbeiten.
Diese kommen wohl oder übel nicht umhin in Zukunft ihr Steueraufkommen zu erhöhen, um die Schulden bezahlen zu können und um die Anforderungen des Stärkungspaktes zu erfüllen. Dies geschieht in vielen Fällen zunächst mit einer Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer. Steuersätze in der **Grundsteuer B** von 500/600 und zum Teil sogar mittelfristig bis zu 800 vH sind möglich und werden bereits genommen.

Solch drastische Erhöhungen gilt es in Wipperfürth zu verhindern. Stabile und niedrige Steuersätze bringen unserer Kommune insofern Vorteile, dass es für Familien und Menschen interessant wird sich in Wipperfürth anzusiedeln. Stabile Hebesätze bei der Gewerbesteuer sind zusätzlich ein wichtiger Faktor für die angesiedelten Betriebe, evtl. sogar ein Vorteil um Betriebe die einen neuen Standort suchen nach Wipperfürth zu holen.
Um dieses für die Zukunft garantieren zu können, muss dringend überlegt werden an welchen Stellen man in unserem Wipperfürther Haushalt sparen kann.
Sparen heißt aber nicht nur Summen zu streichen, sondern auch Gelder vernünftig einzusetzen und zu verwalten.
Denn wie heißt es doch so schön ***„Wo nichts ist, kann man auch nichts ausgeben“!***
Wie sie aus unseren heutigen Anträgen zum Haushalt lesen können, wird es kaum Summen geben die direkt einzusparen sind. Aber es gibt genügend Zahlen die unter die Lupe genommen werden können um zu verhindern, dass Gelder in Zukunft unnötig ausgegeben werden.
Viele Projekte und Themen werden uns in diesem Jahr begleiten, welche bereits vor der letzten Kommunalwahl im Jahre 2009 noch unter Bürgermeister Guido Forsting vorbereitet und beschlossen worden sind. Projekte die seither von der Verwaltung unter Bürgermeister von Rekowski sehr gut weitergeführt wurden und nun teilweise in die Ziellinie gehen: Gemeinsamer Bauhof, Regionale 2010 oder aber auch das Innenstadtkonzept InHK.
Nehmen wir nun noch die Renovierung der Mühlenberghalle dazu so ist alleine bei diesen 4 Großprojekten eine solch hohe Geldsumme aufzubringen dass nebenher kaum noch Geld für weitere Großprojekte übrig sein wird.
Und dennoch gibt es viele kleine Positionen im Haushalt, die man sich einmal näher betrachten sollte.

Nehmen wir den Bereich **Finanzen und Verwaltung**, einschließlich des **RGM**:

Sobald die Ergebnisse des **Personalentwicklungskonzeptes** vorliegen erwarten wir dass der Bürgermeister die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen ergreifen wird um die Ergebnisse umzusetzen, wie es bereits im Bereich des Jugendamtes praktiziert wurde. Durch die laufenden Informationen im Fachausschuss ist der Rat immer auf dem Laufenden, jedoch erscheint uns die angestrebte Zeitschiene bis zur Fertigstellung Mitte 2014 schon sehr lang. Zu diesem Komplex gehört sicher auch die Anhäufung von Überstunden und Resturlaubstagen, die finanztechnisch als Rücklagen gebildet werden müssen und wertmäßig die Bilanz belasten. Gerade hier sollten alle Mitarbeiter daran arbeiten, diese kontinuierlich abzubauen. Das dies nicht in diesem Jahr zu realisieren ist, ist uns allen bewusst allerdings sollte dies bis Ende 2014 umgesetzt sein.
Ebenso müssen alle Möglichkeiten der Optimierung im Finanzsektor geprüft werden, so z.B. die Frage wie man das **Zinsmanagement** verbessern kann.
Weiterhin kann man durch regelmäßige Ausschreibungen der **Versicherungsverträge** Einsparpotenziale erzielen und zusätzlich sollten die Verträge für **Telefonaufwand** (Festnetz oder Mobil) ständig geprüft werden. Dies alles sind Dinge die in der Wirtschaft zuallererst angepackt werden um die ein oder anderen Sparansätze herauszuarbeiten.
Bei den **freiwilligen Leistungen** beantragen wir eine Auflistung zum HFA am 16.04.2013 nach Art und Höhe um einen Überblick über diese Summen zu bekommen, ebenso wie eine Auflistung aller **Planungskosten**, die im RGM, aber auch in den anderen Bereichen, an externe Büros oder auch intern vergeben werden. Von Bedeutung ist bei dieser Aufstellung auch die Frage, wie der zeitliche Aufwand der eigenen Fachkräfte für die begleitenden Maßnahmen ist. Wir haben in unserer Verwaltung hochqualifizierte Mitarbeiter, deren Aufgabe nicht nur die begleitenden Maßnahmen sein können. In einem weiteren Schritt soll dann herausgearbeitet werden wie und in welchem Umfang diese Kosten durch Einstellungen kompensiert werden können, wenigstens aber sollten projektbezogene Zeitverträge möglich sein.

Ein weiteres, schon lange diskutiertes Thema ist unser **Stadtarchiv**. Wir alle sind uns einig, dass in diesem Bereich dringend etwas getan werden muss. Auf unsere ständigen Nachfragen und Anfragen im letzten Jahr wurde bisher noch keine konkrete Lösung vorgestellt. Durch die Neuauflage des SEP ist jetzt erkennbar, dass es freie Räume in den verschiedensten städt. Schulgebäuden geben wird. Somit sollte es, im Hinblick auf unseren Haushalt, möglich sein dem Rat bis zum Ende des Jahres 2013 hierzu eine vernünftige und preiswerte Lösung vorzustellen und das Thema zum Abschluss zu bringen. Natürlich müssen die schulischen Aspekte zuerst beachtet werden, aber Möglichkeiten sind vorhanden. Somit gibt es keinen Grund mehr dieses Thema nicht zum Abschluss zu bringen. Nicht vergessen sollte man hierbei die Zusammenarbeit mit dem Heimat- und Geschichtsverein und auch dem LVR. Den Antrag der UWG Fraktion werden wir daher unterstützen.

Kritisch sind nach Meinung unserer Fraktion auch einige Themen im Bereich **Bauhof, Straßen und Abwasser**.
Der Bau des **gemeinsamen Bauhofes** wurde begonnen und wir rechnen Mitte des Jahres mit der Fertigstellung. Bereits mehrfach wurde durch die Vertreter unserer Fraktion in den Gremien der WEG, aber auch im Bauausschuss die Frage nach dem neuen **Bauhofleiter** gestellt. Hierzu wurde lediglich die Antwort geliefert, diese Stelle rechtzeitig auszuschreiben. Nun wurde diese Ausschreibung erst am letzten Samstag veröffentlicht. Wir äußern an dieser Stelle die höchsten Bedenken, dass wir so kurzfristig eine vernünftige Besetzung in einer solch kurzen Vorlaufzeit zum Beginn des gemeinsamen Bauhofes bekommen werden. Qualifizierte Leute die an dieser Stelle benötigt werden sind nur mit entsprechenden Kündigungszeiten zu haben.
Hier wurde wieder einmal gute Zeit vertan, denn es sollte bis zum Beginn der gemeinsamen Arbeiten schon klar sein, wer die Leitung übernimmt. Ebenso müssen gemeinsam mit dem neuen Bauhofsleiter und den entsprechenden Gremien beider Kommunen die Standards für beide Kommunen festgelegt werden, wie und in welchem Rahmen die Arbeiten des Bauhofes zu leisten sind. Dazu gehört dann sicherlich auch die Frage nach dem **Rad-/Gehweg auf der Bahntrasse**. Hier müssen einheitliche Standards mit Hückeswagen und Marienheide festgelegt werden.

Positiv aufgenommen wurde die Tatsache, dass mit der geplanten Summe von 200.000,00 € im vergangenen Jahr die geplanten Sanierungen im **Deckenprogramm** durch den Bauhof getätigt werden konnten. Auch in diesem Jahr ist eine gleichlautende Summe im Haushalt veranschlagt. Zum heutigen Zeitpunkt gehen wir davon aus, dass auch in diesem Jahr diese Summe wieder ausreicht um die Arbeiten aus dem Wegebereisungsprogramm abzuarbeiten. Es ist für uns selbstverständlich, dass der Bauausschuss über die laufenden Maßnahmen auch in diesem Jahr ständig unterrichtet wird.
In der Wegebereisung 2008/2009 wurden neben den Straßen auch die Wipperfürther **Friedhöfe** abgefahren. Als Ergebnis konnte festgehalten werden, dass einige Friedhöfe dringend überarbeitet / überplant werden müssen um diese zu verkleinern. Kosteneinsparung ist hier die Devise.
Hierzu fehlen uns weitere Informationen, wie denn der derzeitige Sachstand ist. Besonderes hervorheben sollte man an dieser Stelle die vielen freiwilligen Helfer auf den Dörfern, die sich ständig und regelmäßig an der Pflege der Friedhöfe beteiligen. Diesen sollte seitens der Verwaltung unkomplizierte Hilfe zugesagt werden, wenn es um finanzielle Unterstützung bei Materialien geht, wie es von Fall zu Fall auch schon praktiziert wurde.

Hinweisen möchte ich an dieser Stelle auf unseren Antrag, dass auf allen Friedhöfen **anonyme Gräber** angeboten werden. Dies führt zu keinen Mehrkosten und auch die Pflege dieser Flächen ist nicht mit Unkosten verbunden. Nachfragen, insbesondere aus den Kirchdörfern, geben es und wir sind der Meinung, dass sich das Angebot einer anonymen Bestattung nicht nur auf den städt. Westfriedhof beschränken sollte.
Auch bei **Pflegepatenschaften** sollte die Verwaltung aktiver werden, denn auch hier sind Einsparungen zu erzielen.
An einigen Punkten in unserer Stadt gibt es bereits Firmen und Vereine/ Gruppierungen die die Pflege ehrenamtlich ausüben. Diese Idee sollte die Verwaltung weiterverfolgen um noch mehr solcher Patenschaften zu bekommen. Somit kann der Bauhof entlastet und frei für andere dringende Arbeiten werden. Einen entsprechenden Antrag der Grünen werden wir daher heute Abend unterstützen.
Drei dicke Brocken in dem Bereich Bauhof / Straßen und Abwasser sind die Punkte Straßenbeleuchtung, Brückensanierung und Abwasserbereich.
Bei den **Brückensanierungen** wurde uns im letzten Bauausschuss wieder einmal eine weitere Überraschung aufgetischt.
Gegenüber den ersten, für uns im Nachhinein laienhaften Kostenschätzungen, als es noch darum ging, Brücken zu erneuern oder zu sanieren, stiegen die Zahlen bei den beiden Brücken Sonnenweg und Stillinghauser Weg auf das Doppelte.
Als Grund wurde angegeben, dass es sich lediglich um Kostenschätzungen gehandelt hat. Erst nachdem die Planungen dieser Brücken vorlagen, wurde diese enorme Kostensteigerung erkennbar.
Für uns unverständlich ist hierbei allerdings, dass das externe Fachbüro, welches die Brücken überprüft hat und die vorläufigen Kosten vorgestellt hatte, exakt dasselbe Fachbüro ist, welches nun die tatsächlichen Zahlen aufführt. Wir erwarten hierzu im Bauauschuss einen erneuten Vergleich der weiteren Brücken, ob diese dann saniert oder erneuert werden. Hierzu sind belastbare Zahlen aufzuzeigen und anhand einer Prioritätenliste soll die Reihenfolge der Projekte festgelegt werden.
Wir fordern die Verwaltung auf, in Zukunft darauf zu achten, bei allen Investitionen belastbare Zahlen vorzulegen. Diese sollten durch das hochqualifizierte Personal, welches wir in den Fachabteilungen haben, kontrollierbar sein. Gerade solche Überraschungen können unseren Haushaltsplan völlig über den Haufen werfen und dies sollte unbedingt vermieden werden.

Bei der **Straßenbeleuchtung** wurde ein gemeinsamer Antrag aller im Rat vertretenden Fraktionen gestellt, eine Summe von 200.000,00 € zugunsten des Bauauschusses zu sperren. Wir alle wollen die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger wieder steigern, in dem man die Straßenbeleuchtung von der Halbnachtschaltung auf die Ganznachtschaltung umstellt. Auch die Notwendigkeit der zukunftsfähigen Leuchtmittel in LED Technik wollen wir unterstützen. Aber gegenüber den Haushaltsplanungen aus dem Jahr 2012 und den diesjährigen Planungen wird die Gesamtsumme um rund eine halbe Millionen Euro erhöht. Um zeitnah diese Umstellungen leisten zu können, werden die letztjährigen Ansatzkosten von 200.000,00 € auf 400.000,00 € verdoppelt. Die Summe für die Einzelleuchten werden darüber hinaus in Summe mit 30.000,00 € pauschalisiert.
Allerdings fehlt uns zu dem Gesamten ein Konzept. Viele Fragen stellen sich:
Wie viele Leuchtkörper können wir mit den zusätzlichen finanziellen Mitteln umstellen?
Welche Straßenzüge oder welches Kirchdorf wird wie und wann umgestellt?
Wie ist die Wirtschaftlichkeitsberechnung?
Wann rechnet sich dieses Invest und wann erzielen wir die ersten Einsparungen?
Alles Fragen, die wir zu den Beratungen gerne gehabt hätten. Für die Position der Einzelleuchten wurde bereits im Bauausschuss am 13.9.2012 eine pauschale Summe in Höhe von 30.000,00 € beschlossen und ein Konzept für diesen Bereich zu den Haushaltsberatungen2013 verlangt.
Außer dem Zusatz, man müsse mit der BEW sprechen ist nichts vorgelegt worden.

Ich frage mich allen Ernstes, wie die Verwaltung mit solchen Beschlüssen umgeht.
Herr Bürgermeister, wir alle wollen die Umstellung auf Ganznachtschaltung, daher möchten wir Sie dringend darum bitten, uns diese Fragen schnellstmöglich zu beantworten.
An die Bürgerinnen und Bürger gerichtet möchte ich klarstellen, auch wir wollen Nachts wieder Licht haben, aber keiner gibt soviel Geld aus ohne zu wissen, was man dafür bekommt.

Der dritte Brocken: **Abwasser**.
Bereits in den vergangenen Haushaltsreden, aber auch immer wenn es um die Gebührenordnung ging hat die CDU die Verwaltung aufgefordert auch im Rahmen der Gebührenordnungen zu sparen. Bis heute sind keinerlei Einsparungen zu erkennen.
Es werden weiter enorme Summen für den Bereich aufgebracht. Selbstverständlich wollen wir ein intaktes Kanalnetz und die Vorgaben des ABK sind ebenfalls einzuhalten. Jedoch möchte ich nochmals betonen dass die Gebührenordnung kein Freifahrtschein zum Geld ausgeben ist.
Daher möchten wir mit unserem Antrag ein Zeichen setzen. Die Summe von 100.000,00 €, die wir unter der Position „Sonst. Kanalsanierung“ reduzieren, sind angelehnt an die Ergebnisse der letzten beiden Jahre und ist daher für uns unkritisch. Sollten dennoch unvorhergesehene Sanierungsmaßnahmen nötig sein, so werden diese sicher getätigt, die Finanzierung ist dann im entsprechenden Fachausschuss abzustimmen.

Ich komme zum Bereich **Schulen / Kindergärten**:

Im Bereich **Schulen** wurde der neue SEP vorgelegt und ein Arbeitskreis aus Schulen, Verwaltung und Politik werden die Ergebnisse und deren zukünftigen Folgen erarbeiten. Nach wie vor stehen wir zu dem Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“ und verfolgen das Ziel alle Grundschulstandorte zu erhalten. Neue Eckpunkte im Schulgesetz lassen hierzu Möglichkeiten von Verbünden zu. Hieran muss gearbeitet werden.
Aber auch das Thema Inklusion muss nachhaltig verfolgt werden. Wie werden sich Eltern bei den Anmeldungen ihrer Kinder verhalten. Eine frühzeitige Planung, insbesondere wenn es um Förderanträge für bauliche Maßnahmen im Bezug auf Inklusion geht, ist bereits heute zu beginnen.
Wie werden sich die Anmeldezahlen zu den weiterführenden Schulen entwickeln und wie wird sich die geplante Sekundarschule in Hückeswagen auf das Anmeldeverhalten aus dieser Region auswirken.
Viele Fragen und eine große Herausforderung, diese Themen für unsere Schulstadt und zum Wohle der Kinder zukunftsfähig zu machen.
Hierzu gehören unserer Meinung nach dann aber auch vernünftige Schulgebäude. Im Bauausschuss wurden die anstehenden Investitionen an den Schulgebäuden aufgelistet und nach kurz-, mittel- und langfristig eingestuft. Enorme Summen und Reparaturarbeiten, insbesondere bei den energetischen Maßnahmen, die in den nächsten Jahren zu leisten sind. Aber was ist mit den kleineren, bzw. Kleinstreparaturen.
Sehen Sie sich bitte mal die Schulen an: Toiletten, Flure, Klassenzimmer, Mobiliar, nur um einige zu nennen. Wenn wir nur Teile der enormen Summen, die wir im Abwasserbereich ausgeben, jährlich in unsere Schulen und Turnhallen investiert hätten, wäre hier nicht ein so großer Investitionsstau wie wir ihn zur Zeit haben. Vieles wird schon durch freiwilliges Engagement der Fördervereine und Eltern getätigt, denen ich an dieser Stelle für diesen enormen Einsatz herzlich danken möchte. Dies ist aber nicht genug. Um unsere Schulen zukunftsträchtig zu machen müssen diese auch nach außen hin einen gepflegten Eindruck hinterlassen. Hier muss die Verwaltung mit den Schulen gemeinsam Ideen entwickeln wie diese Renovierungen in den nächsten Jahren anzugehen sind. Denn der erste Eindruck ist doch entscheidend wenn sich Eltern und Jugendliche

über Schulen informieren, welche sie denn letztlich besuchen wollen. Dies gilt für die Grund-, aber auch für die weiterführenden Schulen.
Bei den Schülerbeförderungskosten, die sich mittlerweile auf 1,762 Mio. € belaufen, sollte dringend hinterfragt werden, wo hier noch Ansatzpunkte für Einsparungen sind.
Die Wege sind gegenüber den letzten Jahren nicht länger geworden, allerdings ist zu hinterfragen ob die Einteilung der Busse, oder aber auch die Größe der Busse, insbesondere im Schülerspezialverkehr, noch angepasst sind.
Gerade bei den Schulanfangszeiten müssen sich die Schulleiter flexibel zeigen um hier eine Entzerrung der Busfahrten hin zu bekommen. Hierzu sollte sich der Fachbereich nochmals Gedanken machen und in einer der nächsten Sitzungen des Schulausschusses über die Gespräche berichten.

Bei den **Kindergärten** sind wir zurzeit bei den Ausbauten zur U3 Betreuung.
Wie schon eingangs meiner Rede erwähnt müssen wir die nicht geflossenen Fördermittel selber stemmen und sind zuversichtlich die gesetzlichen Anforderungen erfüllen zu können. Gerade in diesem Bereich sollte man mal bedenken, was wir für Anstrengungen unternehmen eine „familienfreundliche Stadt“ zu sein.

Im Bereich **Sport, Kultur und Tourismus** gibt es zurzeit ein großes Thema, welches die Sportlandschaft beherrscht: die Kunstrasenplätze.
Nachdem Dreiböcken, Kreuzberg und Agathaberg ihren Kunstrasenplatz fertiggestellt hat und Thier die Zusage bereits hat, gibt es nun Anträge der verbleibenden Sportvereine Hämmern, Wipperfeld und Klaswipper.
Unser Antrag zur heutigen Sitzung ist damit begründet, dass alle Vereine bereits Konzepte vorgelegt haben, und mit der Umsetzung beginnen können.
Alle Vereine haben bereits Spendenzusagen, bzw. Spendenzahlungen um an diese großen Investitionen ranzugehen. Durchaus sollte man hierbei bedenken, dass Spendenzusagen durch evtl. Zeitverzögerungen nicht getätigt werden und die zurzeit günstige Zinssituation sollte genutzt werden. Den ehrenamtlichen Anstrengungen der Vereine, Eigenleistungen sowie die anteiligen, finanziellen Mittel aufzubringen, würde man einen herben Rückschlag erteilen.
Wir sind daher der Meinung allen drei Vereinen die Zusagen für dieses Haushaltsjahr zu geben, diese Baumaßnahmen finanziell zu unterstützen. Dies soll auch eine Anerkennung sein für die ehrenamtliche Leistung innerhalb der Vereine. Zusätzlich sehen wir, mit welch großem Einsatz in den Sportvereinen Jugendförderung betrieben wird. Als langjähriger Vereinsmensch weiß ich nur zu gut wie wichtig es für Jugendliche ist einen Anlaufpunkt zu haben und gemeinsam mit gleichaltrigen Sport, Musik oder anderen Vereinstätigkeiten nachzugehen. Daher hoffen wir, dass auch die anderen Fraktionen unserem Antrag zustimmen können, damit auch die verbleibenden Sportplätze auf Kunstrasen umgerüstet werden und die Sportvereine Planungssicherheit erhalten. Darüber hinaus muss mit allen Vereinen gesprochen werden, wie die Folgekosten in Zukunft aufzubringen sind. Neben den pflichtigen Aufgaben, die wir als Kommune leisten müssen, sollte mit den Vereinen ein Konzept erarbeitet werden, damit diese sich auf die finanziellen Belastungen der nächsten Jahre einstellen können.

Im Zusammenhang mit den Kunstrasenplätzen sehen wir, was auf den Dörfern und in den Dorfvereinen möglich ist. Es werden zunächst Konzepte seitens der Vereine erwartet bevor man über die Zuschüsse der Stadt berät. In der Diskussion um die Sanierung oder Erneuerung der Mühlenberghalle hätte sich die Verwaltung mit den Vereinen, die diese Halle nutzen, über mögliche Spendengelder von Beginn an unterhalten müssen. Nur alleine auf einen Großspender in Wipperfürth zu gehen ist uns zu wenig. Insbesondere hätten wir hier auch mehr Engagement von den beteiligten Vereinen gewünscht.
Für die anstehende Erneuerung der Laufbahn im Mühlenbergstadion in 2014 erwarten wir daher von der Verwaltung ein frühzeitiges Konzept, ähnlich wie bei den Kunstrasenplätzen, woraus hervorgeht, wie sich die nutzenden Vereine bei dieser Investition mit

einbringen. Eine höhere Summe als bei den Kunstrasenplätzen wird nach heutiger Sicht mit unserer Fraktion nicht möglich sein. Neben den Gesprächen mit den Vereinen und möglichen Spendern sollte auch das Land NRW angesprochen werden um Fördermöglichkeiten frühestmöglich zu beantragen.
Dies gilt im Übrigen auch für die Investition der gleichzeitig angedachten Lautsprecheranlage.

Zum **Tourismus** folgende Anmerkungen:
Im Stellenplan ist für diesen enorm wichtigen Bereich eine Stelle von 0,65 eingestellt.
Gerade nach Fertigstellung der Bahntrasse und der Basisstation Ohler Wiesen erhoffen wir uns, dass viele Touristen nach Wipperfürth kommen. Dieser Wunsch muss allerdings von guter Hand vorbereitet sein, begleitet werden und auch die Nachbearbeitung muss gewährleistet sein.
Neben einem entsprechenden Antrag der FDP-Fraktion im letzten Jahr haben wir bereits in den letzten Haushaltsreden immer wieder darauf hingewiesen dieses Thema nicht zu unterschätzen und hier aktiv zu werden. Nur immer die Ausrede zu gebrauchen „Bekommen wir bei der Kommunalaufsicht nicht durch“ ist uns zu wenig. Wenn der Verwaltung das Thema so wichtig ist wie sie es immer wieder betont, dann sollten Lösungen intern angestrebt werden. Ein gutes Beispiel wie man es machen kann, zeigt unsere Nachbarkommune Lindlar. Wie kürzlich zu lesen war, hat Lindlar eine Tourismusbeauftragte, die über die eigene Gesellschaft eingestellt wurde. Diese Möglichkeit hat scheinbar bisher noch keiner in Betracht gezogen, denn wir haben durchaus die Möglichkeit über die WEG eine solche Stelle zu besetzen. Ich kann nur hoffen, dass hier rasch gehandelt wird, ansonsten laufen wir anderen Kommunen hinterher und die Investitionen der Regionale, aber auch des neuen Innenstadtkonzeptes bringen uns nicht den erhofften Erfolg. Nur mit Smartphone und App´s holen wir uns keine Touristen nach Wipperfürth. Hier sollte das Motto sein: „Agieren – nicht nur reagieren“. Den Antrag der SPD, einen runden Tisch einzuführen, werden wir daher unterstützen, denn zum Thema Tourismus sind neben der Verwaltung auch alle im Antrag genannten Institutionen gefragt, intensiv daran mitzuarbeiten.

Mit unserem Antrag zur Sperrung von 20.000,00 € bei den Zuschüssen für die Stiftung „Wir Wipperfürther“ möchten wir insofern ein Zeichen setzen, dass wir auf Dauer nicht bereit sind einen Zuschuss in Höhe von 195.000,00 € zu akzeptieren. Anlehnend an das Ergebnis des letzten Jahres beantragen wir diese Summe zugunsten des HFA zu sperren. Wenn eine Zahlung begründet und von Nöten sein wird, kann der Zuschuss über den HFA freigegeben werden. Die positive Entwicklung, insbesondere im letzten Jahr, haben wir erfreut zur Kenntnis genommen. Durchaus ist uns bewusst, dass Rücklagen gebildet werden müssen, diese sollten jedoch eigenständig erwirtschaftet werden. Die Anträge der anderen Fraktionen gehen inhaltlich in dieselbe Richtung, unser Antrag bietet der Stiftung aber zunächst noch die Sicherheit die gesperrte Summe bei begründetem Bedarf abrufen zu können. Eine kontinuierliche Reduzierung der Zuschüsse muss allerdings zukünftig in Anbetracht kommen.

Ich komme zum letzten Bereich, der **Stadtentwicklung**.

Das gerade erwähnte Innenstadtkonzept wurde durch den entsprechenden Förderantrag auf den Weg gebracht. In vielen Gesprächen im Arbeitskreis, aber auch in den Veranstaltungen zu diesem Thema, haben sich viele Bürgerinnen und Bürger und auch die Mitglieder des ESW beteiligt und haben an diesem Konzept mitgewirkt. Wenn die Ankündigung der rot – grünen Landesregierung, Förderanträge von Innenstadtkonzepten aus Spargründen zurückzustellen, an uns vorübergeht, dann sind wir alle guten Mutes, dass wir unsere Innenstadt für die Zukunft fit machen. Daher die Bitte an die Kollegen aus den Fraktionen der SPD und der Grünen Ihre Beziehungen nach Düsseldorf

spielen zu lassen um diese hervorragende Vorbereitung des Konzeptes nicht kaputt zu machen.

Aber nicht nur die Innenstadt, auch die Kirchdörfer und die Außenbereiche sollten gestärkt werden.
Durch den demographischen Wandel gibt es schon die bekannten Aktionen in den einzelnen Kirchdörfern: Dorfladen in Thier, Demographie Wandel in Kreuzberg, nur um die beiden bekanntesten zu nennen.
Eine Entwicklung dieser Gebiete ist umso wichtiger, wenn es um Erhalt und Stärkung der Infrastruktur geht - ich erinnere an die Grundschulen und Kindergärten.
Es gibt Flächenausweisungen im FNP für Wohnbebauung, die ertüchtigt werden müssen um jungen Familien auch die Möglichkeit zu geben sich hier anzusiedeln.
Gerade der Wohnungsmarkt ist in Bewegung. Immer mehr ältere Menschen wollen altersgerechte innenstadtnahe Wohnungen, aber die Dörfer dürfen hierdurch nicht ausbluten.
Daher wäre es sinnvoll für den Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt vor der Sommerpause einmal Zahlen aufzuzeigen, wie denn tatsächlich die Entwicklungsströme sind.
Auf unseren Antrag im letzten Jahr hin, wurden bereits Möglichkeiten von altengerechtem, innenstadtnahen Wohnen aufgezeigt. Nur mit diesen Möglichkeiten muss auch gearbeitet werden.

Sie sehen es kommen viele Ideen zusammen, an welchen Punkten man kritisch ansetzen kann um einen Haushalt mit den Mitteln, die man zur Verfügung hat zu konsolidieren, dabei aber nicht die Zukunftsplanung außer Acht zu lassen. Diese sind im ersten Schritt nicht mit Zahlen zu belegen aber wenn man an diesen Bereichen vernünftig arbeitet, sind hier in Summe Einsparpotenziale zu erzielen. Viele weitere Themenfelder sind bereits in den letzten beiden Haushaltsreden seitens der CDU Fraktion angesprochen worden. Hieran werden wir in Zukunft durch häufigere Nachfragen, Anfragen und Anträge noch intensiver arbeiten um gemeinsam mit der Verwaltung und dem Rat die Stadt Wipperfürth für die Zukunft finanzkräftig zu halten.

An dieser Stelle darf ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für eine gute Zusammenarbeit bedanken und hoffe, diese auch im angelaufenen Jahr 2013 wieder zu erfahren.
Die Ansprüche der Menschen werden größer und diesen werden wir gemeinsam, Rat und Verwaltung, gerecht werden müssen.
Frei nach dem Motto **„Es gibt viel zu tun – packen wir es an“** bedanke ich mich bei Ihnen fürs Zuhören und freue mich auf die weitere gemeinsame Arbeit mit Ihnen.

Anlage 2

Haushaltsrede

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion

Frank Mederlet

[Es gilt das gesprochene Wort]

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich bedanke mich vorab bei der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei für die konstruktive Begleitung der Haushaltsberatungen. Die ein und andere noch offene Frage werden wir sicherlich noch im Laufe der nächsten Zeit klären können.

Der Haushalt schließt bei einem Volumen von rund 52 Mio im Aufwand mit rund 2.2 Mio Euro „Zuschussbedarf“ aus der allgemeinen Rücklage. In der Perspektive versprechen uns Bürgermeister und der für die Finanzen zuständige Kämmerer
das „ Ende der Zeit ohne vorläufige Haushaltsführung“ mit einem aufgestellten „genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept“.

Herr Bürgermeister von Rekowski und insbesondere an Sie gerichtet Herr Trompetter der dringende Appell: Sorgen Sie dafür, dass Sie schnellstens mit den Kommunalaufsichten klar kommen und grünes Licht für ein genehmigtes HSK bekommen.
Ich will erinnern an den Sommer letzten Jahres und den mahnenden Bescheid der Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises. Als elementarer Makel wurden die fehlenden Jahresabschlüsse damals noch 2007, 2008, 2009 und folgende
festgestellt. Mag für einen gewissen Zeitraum die Erkrankung von Mitarbeitern in der Fachabteilung als Begründung für die Zeitverzögerung verständlich und nachvollziehbar sein, so kann, will und darf der Rat sich mit dieser Begründung nicht mehr begnügen.

Wir von der SPD Fraktion nehmen Sie beim Wort Herr Trompetter als Sie dem Rat garantiert haben, dass mit diesem Haushalt das genehmigte HSK durch die Aufsichtsbehörden frei gegeben wird. Wir sind gut beraten auch die Geduld von Kreis und Bezirksregierung nicht über zu strapazieren und nun endlich zeigen, dass wir es ernst meinen und die Hinweise verstanden haben.

Für meine Fraktion sichere ich jede Unterstützung zu, die erforderlich ist um die Jahresabschlüsse schnellstens zu realisieren. Das bedeutet auch die Unterstützung für zusätzliches Projekt bezogen Personal im FB Finanzen einzustellen.

Es muss klar sein: Keine Abschlüsse schmeißen uns um Jahre zurück und Projekte die für die Zukunft der Stadt von elementarer Bedeutung sind, würden auf unbestimmte Zeit blockiert.

Beispielhaft sei aus dem Bewilligungsbescheid für den Klosterberg vom 10.12.12 zitiert . Hier geht es immerhin um einen Zuschuß von 490 TE für ein städtebaulich wichtiges Projekt im Zentrum der ältesten Stadt des Bergischen Landes …Dort heisst es „ ..Der Bewilligungsbescheid verliert seine Wirksamkeit, sofern bis zum ersten Mittelabruf kein ausgeglichener Haushalt oder ein HSK genehmigt worden ist“.

Das ist also kein Spaß und „vielleicht“ und „schaun mehr mal“ und „nicht so ernst gemeint“, sondern es ist essentiell für Wipperfürth und seine Entwicklungsperspektiven.

Das **Integrierte Handlungskonzept** wurde von uns allen als DIE! Grundlage für die weitere, nicht nur städtebauliche Entwicklung unserer Stadt, bezeichnet.
Beim Integrierten Handlungskonzept geht es nicht nur darum ein bisschen schöner, ein bisschen neuer, ein bisschen bunter.

Das Integrierte Handlungskonzept ist

- Städtebau
- Stadtentwicklung
- Wirtschaftsförderung

Wir haben uns bewusst Zeit genommen das Konzept zu erarbeiten.
Der Prozeß war äußerst kommunikativ, neben dem Büro, das hierfür ja auch bezahlt wurde, gilt der Dank noch einmal besonders an die Akteure der Verwaltung , besonders die Fachabteilung, des ESW , aber auch an die BLZ die diesen Prozeß intensiv durch Informieren begleitet hat.

Die geplanten Maßnahmen sind DAS Lebenselixier für die Zukunft unserer Stadt. Über 20 Mio Euro werden direkt und indirekt in unserer Stadt in den nächsten Jahren investiert. Das schafft Arbeitsplätze, das hilft Arbeitsplätze sichern, die Maßnahmen heben die Lebens-Wohn und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt.

Das Integrierte Handlungskonzept stärkt den Einkaufsstandort Wipperfürth.

In zahlreichen Sitzungen wurde mit einer Vielzahl von Akteuren gemeinsam ein Handlungs- und Maßnahmenkatalog erarbeitet, der nun auch umgesetzt werden muss.

- Beherzt
- mit Überzeugung
- und mit einem langen Atem

Alle Beteiligten, Verwaltung wie Politik und der Einzelhandel sind aufgefordert zu den Entscheidungen zu stehen und für die Umsetzung des Erarbeiteten einzustehen und weiterhin für Akzeptanz auch bei Gegenwind zu arbeiten. Dies gilt auch und besonders für die Themen der Verkehrslenkung in der Innenstadt , an den Verkehrsknoten und am neuen Busbahnhof.

Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt : Das InHK ist eine Chance für die Hansestadt Wipperfürth. Eine Chance als mittlere kreisangehörige Stadt attraktiv zu bleiben in der Region.

"Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll." Willy Brandt 1992

Es liegt an uns, diese Chance zu ergreifen. Und hierzu gehört eben auch als elementare Voraussetzung ein genehmigtes HSK

Es muss gelingen, für das InHk genau so ein Feuer der Begeisterung zu entfachen wie es mit der Regionale 2010 gelungen ist. Besonderer Dank gilt hier noch einmal Herrn Barthel und auch Reimar Molitor, die maßgeblich, durch unermüdlichen Einsatz, die Projekte der Regionale gewinnbringend für Wipperfürth in und für die Region von der Theorie in die lichkeit befördert haben.

In diesem Zusammenhang sei der Vollständigkeit erwähnt, dass es selbstverständlich ist dass wir die Unterstützung der dörflichen Strukturen nicht vergessen wollen und werden. Der gültige FNP mit seinen Fachbeiträgen ist hier die Richtschnur.

Ehrenamt

Bevor ich weitere Aspekte und Schwerpunkte Wipperfürther Kommunalpolitik aus Sicht der SPD anspreche möchte ich meinen Dank und die Anerkennung der SPD Fraktion den zahlreichen Ehrenamtlichen in unserer Stadt für ihren unermüdlichen Einsatz für die Allgemeinheit, für unser Gemeinwohl aussprechen. Denn ohne die Ehrenamtlichkeit sähe unser Haushalt ganz anders aus.

Ob bei der Feuerwehr, im Bürgerverein, dem Sport, der Musik – oder den Schützenvereinen, im Wohlfahrtswesen oder auch in der Kultur oder bei den Kirchen. Viele hundert aktive Menschen in unserer Stadt, auf den Dörfern und der Kernstadt, sind mit ihrem Einsatz das Fundament unseres Zusammenlebens.
Sie unterstützen so auch uns und unser gemeinsames Bemühen von Rat und Verwaltung den Leitsatz „Suchet der Stadt Bestes“ mit Leben zu füllen.

Die Politik in Wipperfürth ist gut beraten dieses ehrenamtliche Engagement , diese Wertschöpfung für die Allgemeinheit, auch weiterhin in seiner Breite zu unterstützen.

Beispielhaft seien hier die **Förderungen der Sportstätten** erwähnt. Gewiss ist das viel Geld , was jetzt für die nächsten Jahre zugesagt wird. Aber egal, ob in Ohl/Klaswipper, in Wipperfeld, auf der Thier, in Hämmern oder Agathaberg die Sportvereine geben alten wie jungen Menschen die Chance zu sportlicher Betätigung, die Chance auf sinnvolle Freizeitgestaltung und fördern den Zusammenhalt im Quartier. Sport ist und bleibt ein wichtiger Beitrag für Integration und Prävention. Sportförderung ist ein praktisches Beispiel für den vorsorgenden Sozialstaat. Hier angelegtes Geld spart uns mitunter später Kosten der sich im Sozialetat oder dem des Jugendamtes niederschlägt.

Die SPD ist dafür hier ein klares Signal in 2013 auf Unterstützung zu geben und somit die Einplanung in den Haushalt. Die technischen Fragen der Abwicklung und auch das Thema Was passiert mit der Pflege? Wie wird das mit den Folgekosten organisiert? Was wird nach Ende der Nutzungsdauer sein ? Diese Fragen werden Rat und Verwaltung gemeinsam mit den Verantwortungsbewussten Vereinssprechern und dem Stadtsportverband angehen und einen Lösungsweg partnerschaftlich finden.

Verwaltung

Ich will zu einem anderen Themenkomplex überleiten.

Um erfolgreich sein zu können, bedarf es eines motivierten gut aufgestellten Verwaltungsteams.
Herr Bürgermeister wir von der SPD haben den Eindruck, dass die Entwicklung des Teamgeistes im Rathaus insgesamt auf einem guten Weg ist.

Wir wollen allerdings auch , dass sich der Teamgedanke noch mehr
verfestigt – wir wollen, dass alle Fachbereiche das Gefühl haben gleichwertig am Erfolg beteiligt zu sein. Es darf kein „wichtiger“ und „weniger wichtig“ geben. Ein Nebeneinander von „Technik“ und „Nicht-Technik“ ist dem Erfolg abträglich . Komplexe Aufgabenstellungen und ihre Lösung bedürfen der Gemeinsamkeit – nicht des Nebeneinander und der Konkurrenz-.

Für heute ist der Stellenplan mit den Korrekturen, wie sie der PersonalA beschlossen hat, vorgelegt.

Wir freuen uns darüber, dass die neuen jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem im Bereich Planen/Bauen sich bestens eingearbeitet haben und auch für uns als Rat kompetente Ansprechpartner sind.
Ob und was sich noch im Bereich des „technischen Personals“ verstärken lässt, werden wir im Laufe des Jahres weiter diskutieren. So eben auch die Frage der „Lotsenfunktion“ an der Schnittstelle von Bauen und Planen mit dem kaufmännischen Teil der Wirtschaftsförderung wie aber auch die Frage der stellvertretenden Fachbereichsleitung II2 Bauen, Planen, Umwelt.

Für uns ist klar - ein bürgernaher FB II für Bauen und Planen, der sich als Dienstleister versteht, ist ganz praktische lokale Wirtschaftspolitik und somit wahrscheinlich kaum verzichtbar hier eine „Lotsenfunktion“ weiterhin vorzusehen.

Zum Fachbereich III hatte ich eingangs meiner Rede die Bereitschaft zur Unterstützung schon bekundet.

Im übrigen beweist sich immer mehr die Richtigkeit der damaligen Entscheidung des Rates auf Antrag der SPD Fraktion ein **Personalentwicklungskonzept** systematisch anzugehen. Wir haben das von Anfang an nicht als Instrument zur Personaleinsparung verstanden, sondern vielmehr als taugliches Instrument zur Optimierung und Hilfe für Entscheidungen der Verwaltungsspitze und auch des Rates. Hier gilt Sorgfalt vor Schnelligkeit und daher gedulden wir uns auch weiterhin Zwischenberichte zu erhalten.

Eine anderes Thema betrifft den Bereich „Kosten und Finanzcontrolling“ . Eine ständige Aufgabe. Wir bitten um einen Zwischenbericht der Controllerin Frau Kirch in einer der nächsten HFA Sitzungen.

Wir halten es zudem für selbstverständlich, dass Kostenkontrolle permanent auf der Agenda der Verwaltung steht und geprüft wird welches Sparpotential zB beim Einkauf von Sachmitteln oder bei Versicherungs-, Telefon-, Kopiererverträgen etc gegeben ist und eben auch , dass immer die Frage auch von Folgekosten im Blickfeld ist und in die Vorbereitung für Beschlussempfehlungen an den Rat einfließt .

Dem nicht immer unbegründeten **(Vor)-urteil „bei Projekten der öffentlichen Hand wird alles teurer“**, ist durch praktisches Handeln der Gegenbeweis anzutreten .

Turnhalle Mühlenberg und gemeinsamer Bauhof mit Hückeswagen sind zwei größere Projekte, bei denen wir erwarten, dass die Kosten eingehalten werden. Nebenbemerkung Das Hin und Her, nehmen wir das Thema „Erhalt des Hallenbodens“ oder nicht, ist ja keine vertrauensbildende Maßnahme gewesen – allerdings betrifft dies mehr den Kosten ermittelnden Architekten – ich hätte erwartet , dass der ‚Fachmann’ direkt sagen kann :neuer Boden ist sogar wirtschaftlicher als Erhalt des gebrauchten. Das Ergebnis ist ja ok aber wir geben Geld dafür aus , dass wir beraten werden und dann müssen wir uns verlassen können.

Darüber hinaus dürfen wir den erheblichen Sanierungsstau an städtischen Immobilien nicht aus dem Blick verlieren und uns eine gemeinsame Strategie und Vorgehensweise überlegen wie wir wirtschaftlich die notwendigen Verbesserungen angehen können.

Hierzu gehört aber auch das Thema Straßenbeleuchtung. Der gemeinsame Antrag aller Fraktionen zeigt, dass wir hier noch weiteren Informationsbedarf haben, insbesondere was den Nachweis der Wirtschaftlichkeit angeht.

Wir brauchen eben auch Verlässlichkeit in den Aussagen der Verwaltung und wir brauchen auch eine zeitnahe „Erledigung" von rats- und Ausschussbeschlüssen bzw. wenn's nicht geht die zeitnahe Information warum etwas nicht geht … Es gibt eben noch ein paar gefasste Beschlüsse , die noch in der Beschlußkontrolle zwischen geparkt sind.

Lassen mich nun ein weiteres zentrales Themen ansprechen das aus Sicht der SPD Schwerpunkt der Wipperfürther Politik ist.

Markenkern Familienfreundlichkeit stärken

Schule/Bildung/Familien/Jugend

Wollen wir als Stadt auch in Zukunft attraktiv als Heimat für die Menschensein, so ist „Familienfreundlichkeit als Markenkern" unerlässlich.

Eine ausreichende Anzahl an bezahlbarem Wohnraum, Grundstücken und natürlich qualifizierten Arbeitsplätzen ist ebenso
Grundlage wie ein qualifiziertes Angebot für die Bildung unserer Kinder.

Wipperfürth ist Schulstadt. Und nach unserem Willen soll der Schulstandort Wipperfürth auch weiterhin zum Markenkern unserer Stadt gehören.

Der Entwurf des fortgeschriebenen Schulentwicklungsplanes liegt vor.

Wir beraten sorgfältig und mit Augenmaß. Der eingerichtete Arbeitskreis hat seine Arbeit aufgenommen. Im April wird sich der SchulA mit Handlungsschritten befassen. Klar ist, dass zurückgehende Schülerzahlen uns zum Handeln veranlassen.

Wir wollen die Menschen mitnehmen , keine vorschnellen Schlüsse ziehen und keine überhasteten Reaktionen sind angesagt.

Im **Primarbereich** gilt der **Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege"**. Natürlich sind auch wir in Wipperfürth an die gesetzlichen Rahmenbedingungen gebunden, wenngleich der Gesetzgeber mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU den Handlungsspielraum erweitert und mehr Verantwortung in unsere Hände, die des Schulträgers, gelegt hat.

Wir wollen versuchen, diesen Grundsatz auch weiterhin in Wipperfürth mit Leben zu füllen. Verstärkte Zusammenarbeit und Verbünde von Schulen wird's geben, wird's geben müssen, weil es ja auch darum geht, nicht nur Standorte zu erhalten, sondern auch die Qualität des Schulangebotes. „Schule plus" soll es überall geben, egal ob Konfessions- oder Gemeinschaftsschule.

Die gemeinsame Schulleitung von St. Nikolaus und der GGS Kreuzberg hat sich bewährt. Insbesondere hier sind die Zusammenarbeit und das Schulkonzept zu verstetigen. Das bietet sich an.

Im Sekundarbereich halten wir von der SPD-Fraktion die Idee, am **EvB den Ganztagsbetrieb** anzugehen, für eine geeignete Maßnahme, den Schulstandort Wipperfürth zu stärken. So sind wir auch weiterhin attraktiver Kooperationspartner in der regionalen Bildungslandschaft ; so zb auch , wenn Hückeswagen eine Sekundarschule einrichtet.

Für das **Schulzentrum Düsterohl** erwarten wir eine noch deutlich stärkere Zusammenarbeit von Realschule und Hauptschule. Diese einmalige Situation der räumlichen Nähe der Bildungseinrichtungen muss ein Angebot zum Wohl der Kinder auch in Zukunft zum Ergebnis haben. Die Chancen der Kooperation, der Vernetzung, der Durchlässigkeit und der pädagogischen Vielfältigkeit sind zu nutzen. Wir werden dieses Thema auch im Fachausschuß weiter auf der Agenda haben und im ständigen Dialog mit den Schulleitungen und Elternvertretungen sein.

Ein weitreichendes Themenfeld steht unter dem Begriff der Inklusion. Niemand weiß so recht wie sich was entwickeln wird. Klar ist aber in jedem Fall, dass Teilhabe weiter fortschreiten muss und soll, so wie es die UN-Konvention vorsieht.

Inklusion ist aber nicht nur ein Thema einzelner Schulen und Schulformen. Alle sind gefordert. Konkret tut sich schon eine ganze Menge, insbesondere in den Grundschulen und auch im besonderen in der Hauptschule. Die Fachkräfte der Alice Salomon Schule unterstützen schon jetzt den Unterricht in vielen Schulen.

Weil aber zum Beispiel die Entwicklung der Förderschule Alice Salomon noch längst nicht klar ist und somit die Auswirkungen auf die anderen schulen und den Raumbedarf, raten wir von der SPD dazu behutsam mit vermeindlichen Raumüberhängen umzugehen.
Eine Nebenbemerkung: wir halten nach wie vor die bildungsnahe Nutzung des Pavillions an der Nikolausschule für OGS am Besten.

Da der Bildungsbegriff umfassender zu definieren ist, beginnt **Bildung** schon nahezu unmittelbar nach der Geburt. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch die Steigerung des Angebotes an Kitaplätzen und U3 Angeboten, einschließlich der Tagesmütterangebote. Wir dürfen hier in unseren Anstrengungen nicht locker lassen.

Ich erwähnte bereits die unersetzliche ehreamtliche Arbeit in den Vereinen – Auch diese Angebote zählen zu den „weichen Standortfaktoren“, die die Attraktivität unserer Stadt ausmachen.

Die SPD-Fraktion bezweifelt auch nicht, dass die **Alte Drahtzieherei** ein Pluspunkt und eine Bereicherung für unsere Stadt ist. Wir bekennen uns zu dieser Einrichtung.

Wir anerkennen, dass sich einiges getan hat und die Einrichtungen dabei sind sich zu konsolidieren.

Die Verantwortlichen von GmbH und Stiftung müssen jedoch wissen, dass für den Rat das Thema noch längst nicht erledigt ist. I Die 195 Teuro Verlustabdeckung und Zuschuß in diesem Jahr, kann, darf und wird nicht so bleiben. Wir wollen den Zuschussbedarf schrittweise reduziert wissen. Ab 2014 um mindestens 7.500 Euro pro Jahr. Überschüsse aus 2012 sollen in die Rücklage geführt werden.

Ich will in diesem Zusammenanhang auch noch einmal erinnern, dass wir vor vielen Jahren die Jahreszuschussbedarfe für die Bücherei und die Musikschule gedeckelt haben.
Die Entscheidungen hatten uns damals auch nicht nur Beifall gebracht. Aber die Entscheidungen waren richtig und erfolgreich am Ende.

Wir alle tragen Verantwortung auch gegenüber anderen ehrenamtlichen Einrichtungen und Initiativen.

Die SPD hat einen dezidierten Antrag eingebracht und wir hoffen auf Zustimmung der anderen Fraktionen, weil uns die Problemlösung alle angeht. Hier geht's um den Zuschussbedarf und seine Berechnung ebenso wie auch die Frage der Nutzungen durch die Stadt

Alles zusammen genommen sind diese vermeintlich weichen Faktoren mittlerweile ausschlaggebend fürs Wohlfühlen und sich an einem Ort nieder zu lassen und zu Hause zu fühlen. Dies gilt für Familien ebenso wie für die Senioren, die neben altersgerechten Einrichtungen, barrierefreiem Straßenraum, Wohnungen und Angeboten auch kulturelle Angebote gerne nutzen.

Von enormer Bedeutung ist darüber hinaus das eigene Jugendamt. Ja es stimmt, dass auf den ersten Blick das eigene Jugendamt teurer ist als die Angliederung an den Kreis. Wir sind aber auch näher dran und können selbst entscheiden, was präventiv zum Beispiel sinnvoll erscheint. Ob Jugendzentrum oder Streetworker oder Steinkreis oder Sportstätten, die Alte Drahtzieherei oder in Zukunft eine Skateranlage im Bahnhofsgelände. Investition für die Jugend ist gut angelegtes Geld.
Die Gespräche des runden Tisches müssen fortgesetzt und überlegt werden, wo es im Angebot noch Verbesserungen geben kann. Sie sind auch Teil der Prävention.

Lokale Wirtschaftspolitik/ Tourismus als Wirtschaftsfaktor/Energie

Nicht unerwähnt lassen will ich das Thema ‚Lokale Wirtschaftspoliltik'.

Wir haben den Eindruck, dass durch die Geschäftsführer Trompetter und von Rekowski die **WEG** wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wurde. Wir beschränken uns aufs Kerngeschäft, können sogar Dienstleistzungen der Lokalen Wirtschaftspolitik erbringen und im ständigen Dialog mit den Firmen, ob groß oder klein, sein und am Ende verbleibt sogar ein Überschuss.

Die Gewerbeflächenkonferenz hat gerade stattgefunden. Es ist richtig nicht alleine zu kämpfen. Dennoch müssen wir unsere Hausaufgaben vor Ort machen. Es ist an der Zeit, dass wir konkret die Frage der Entwicklung zukünftiger Flächen noch einmal neu angehen, wenn sich eben keine Entwicklungsperspektiven im bisher angedachten Flächenkorridor Klingsiepen verwirklichen lässt. Mitunter sind zu gegebener Zeit dann auch Entscheidungen zu treffen und Planungen neu in Angriff nehmen.

Als weiteres Element ist das **Potential des Naherholungs- und Kurzzeittourismus als Wirtschaftsfaktor** zu forcieren.

Wir haben einiges zu bieten in Wipperfürth.

Die Radtrasse, die Basisstation, die phantastische Eisenbahbrücke der Park Ohler Wiesen überhaupt, unsere schöne Innenstadt, die Talsperren und herrlichen Dörfer, die Wanderwege durch die Natur und vieles mehr.

Diese Potentiale müssen wir bündeln und noch stärker hervorheben. Wir haben hierzu einen Antrag eingebracht und bitten um Unterstützung. Wenn es gelingt, dass alle an einem Strang in dieselbe Richtung ziehen, kann eben auch der Tourismus den Standort Wipperfürth stärken.
Und vielleicht gelingt es darüber hinaus ja auch, dass unser **LED-Musterpark** noch mehr zum besonderen Merkmal unseres Standortes Wipperfürth wird.

LED-Leuchten im öffentlichen Raum haben auch etwas mit Wirtschaftlichkeit und Energie zu tun. Wir von der SPD sind gespannt auf die weitere Entwicklung des auf unseren Antrag hin auf den Weg gebrachte **Klimaschutzkonzept.**
Wir sind optimistisch, dass sich Perspektiven für die Stadt und unsere Bürger auftun, die sowohl unter wirtschaftlichen als auch umweltpolitischen Aspekten ein Gewinn sein werden.

Schluss:

Ich will zum Schluss kommen. Ich habe darauf verzichtet über die Rahmenbedingungen bundes- und landespolitischer Einflussfaktoren auf die **Kommunalfinanzen** zu referieren. Wir können gerne in einer öffentlichen Sitzung uns einmal zB über Grundlagen des GFG austauschen – aber bitte schön, dann auch auf der Grundlage von Fakten und nicht von ideologiegesteuerten Fantastereien. Klar ist, dass das Land NRW noch nie soviel Geldwie unter Rot/Grün in die Verbundmasse für die Kommunen gestellt hat wie jetzt und klar ist auch, dass es beim Bund noch erheblichen Nachholbedarf gibt die Kommunen von Sozialkosten zu entlasten und den Städten und Gemeinden so mehr Gestaltungsspielraum in der kommunalen Selbstverwaltung zurück zu geben.

Hier vor Ort tangiert uns besonders die **Kreisumlage**. Die SPD-Fraktion ist mit den Bürgermeistern, unabhängig ihrer politischen Couleur, der Auffassung, dass der Oberbergische Kreis gut beraten ist, wenn er seine Möglichkeiten der Wirtschaftlichkeit und seiner Sparpotentiale für die Kommunale Familie ausschöpft und sich als wahrer Partner der Kommunen gibt. das heisst eben auch auf die Rücklage zurückgreifen und somit die kreisangehörigen Kommunen entlasten. Das geht, man muss es nur wollen. Das spart auch Wipperfürth einige Menge Geld im Jahr.

Einige interessante und bedeutende Maßnahmen für die Stadt Wipperfürth werden in 2013 neu auf die Schiene gesetzt, werden weiter entwickelt oder vollendet.
Ich erwähne nur noch einmal beispielhaft

- Basisstation
- Bahnstation
- Verlängerung der Nordtangente
  Gut, dass Bürgermeister von Rekowski hier rechtzeitig gehandelt hat, sonst wäre die Trasse ein Papiertiger geblieben
- Der Bauhof mit Hückeswagen und die Besetzung der Leitung
- Turnhalle Mühlenberg (dazu Extra-TOP heute im Rat)

Der Schriftsteller und Physiker Christoph Lichtenberg (1742-1799) sagte einmal:
„ Alles auf einmal tun zu wollen zerstört alles auf einmal“

Das bedeutet nichts anderes als die Notwendigkeit der vorausschauenden Planung, um am Ende die Saat der besten Ideen in umgesetzten erfolgreichen Maßnahmen zu ernten. Hier sind wir auf einem guten Weg.

Das Jahr 2013 wird ein spannendes Jahr werden. Eine Vielzahl von Herausforderungen gilt es zu bearbeiten, zu bewältigen und beherzt anzugehen.

Sie, Herr Bürgermeister, möchte ich dazu animieren, in Ihrer offenen und transparenten Informationspolitik gegenüber dem Rat nicht nachzulassen. Sehen Sie unsere Einlassungen und Vorschläge nicht als lästige Einmischung oder gar Kampfansage an die Verwaltung, sondern vielmehr den Rat als Partner und „parlamentarischen Arm“ der Verwaltung auf der Suche nach den besten Lösungen.

Das gute Arbeitsklima im Rat und zwischen Rat und Verwaltung sollten wir auch in 2013 fortsetzen. Lassen Sie uns als **„Wipperfürth-Fraktion“** gemeinsam auftreten. So werden wir für unsere Stadt und unsere Bürgerinnen und Bürger erfolgreich sein.

oder wie sagte es einmal John F. Kennedy:

„Wenn wir uns uneinig sind, gibt es wenig, was wir tun können. Wenn wir uns einig sind, gibt es wenig, was wir nicht tun können.“

Freuen wir uns darauf, diesen guten Eindruck auch bei der NRW-Ministerpräsidenten Hannelore Kraft zu hinterlassen, wenn sie am 22. Juni unsere wunderbare Stadt auf Einladung des Bürgermeisters besucht.

Natürlich muss und soll es dabei auch den demokratischen Wettstreit um die besten Ideen geben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind hierzu gerne bereit und freuen uns auf die Debatten. Der Wettbewerb um die besten und kreativsten Ideen dient dem Wohl der gesamten Stadt.

In diesem Sinne empfehle ich nochmals die Zustimmung zu den Anträgen der SPD-Fraktion, werbe für eine breite Zustimmung zum Haushalt und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Frank Mederlet 31.01.2013

Max Weber :

„**Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.**
Max Weber, (1864 - 1920),

Anlage 3

Haushaltsrede

des Vorsitzenden der UWG-Fraktion

Harald Koppelberg

UWG Haushaltsrede 2013

HOFFNUNG------TRANZPARENZ

Meine Damen u. Herren, nach durcharbeiten des uns vorliegenden HS 2013 können diese beiden Schlagworte als Fazit von uns genannt werden.

Die Hoffnung, dass die bisherige wirtschaftliche Entwicklung anhält und die Stadt W`fürth weiterhin eine gute Gewerbesteuereinnahme hat.

Die Hoffnung, dass die Rahmenbedingungen und die Anforderungen von außen, durch Bund, Land und Kreis nicht weiter sich vermehren.

Die Hoffnung, dass die Planwerte dieses Werkes belastbar bleiben.

Die Hoffnung, dass der Strauß an Begehrlichkeiten zurückgefahren wird und nicht weiter steigt.

Um nicht alle Zahlen meiner Vorredner zu wiederholen, beschränke ich mich auf wenige Zahlen und Themen.

Wenn unsere Verwaltung davon spricht, dass unser höchstes Ziel die Konsolidierung der Finanzen sei, so ist ihr Handeln kritisch zu bewerten. Hierzu ist die Schuldenentwicklung ein wesentliches Merkmal.

Wipperfürth schafft es nicht, trotz steigender Gewerbesteuereinnahme die Schulden abzubauen. Im Gegenteil, die Schulden wachsen von 43,3Mio€ auf 45,3Mio€ an.

>> Wipperfürth hat eine Neuverschuldung von 2,03Mio€

Wenn wir diesen Fakt in Relation zu den Äußerungen unserer Verwaltung stellen, Konsolidierung unseres HS; so fragen wir uns, wie passt das zusammen.

Und kommen zur Meinung, dass es so nicht weiter gehen kann.

Die Verwaltung stellt Konsolidierung ausnahmslos auf den Rücken der Mitarbeiter dar.

Personalabbau ist der Trugschluss dieser Verwaltung.

Hier wird das reale Leben noch ein Zeichen setzen.

Viele Ausgaben in dieser Haushaltsplanung sind auferlegt und nicht selbst gemacht.

Hierfür stehen z.B. die Aufwendungen zur U3 Betreuung.

Ein Paradebeispiel, wie Bundespolitik auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird.

Würde hier das Prinzip der Konnexität eingehalten, müssten wir nicht über 0,5Mio€ Schulden machen.

Immerhin hat sich im Laufe des Jahres 2012 etwas bewegt. Noch im Frühjahr hätten wir von einem Defizit in Millionenhöhe gesprochen.

Die UWG steht auch weiterhin für die Investitionen in unsere Zukunft, für Aufwendungen der Früherziehung und Bildung. Daher sind eine bestmögliche Früherziehung und eine bestmögliche Schullandschaft das A+O für das Leben von morgen.

Zur Schullandschaft sind auch die entsprechenden Sportmöglichkeiten zu zählen. Daher stand es für die UWG außer Frage, das die Sportmöglichkeiten der MZH am Mühlenberg erhalten bleiben müssen.

Ähnlich wie bei der Sanierung unseres WLS-Bades ist auch hier die Sanierung der Halle ein Minimum das geleistet werden muss.

Natürlich wäre ein Neubau wünschenswert, jedoch würde die von mir angesprochene Neuverschuldung um einiges höher ausfallen und erst recht gegen den Gedanken der Konsolidierung stehen. Vernunft war hier geboten.

Ein weiteres Kosten- bzw. Ausgabenelement ist unsere Stadtentwicklung. Hierzu kann man dann INHK, die Regionale 2010 und auch die Modernisierung unserer Beleuchtung sehen.

Sind diese Aufwendungen alle so notwendig, wie sie uns zur Kenntnis gebracht wurden?

Vieles greift ineinander, wie z.B. die Elemente des INHK.

Andere, wie die Straßenbeleuchtung, oder das Parkleitsystem, sind Dinge, die sind sinnvoll, müssen aber nicht sein.

Gerade bei der Straßenbeleuchtung könnten Zweifel aufkommen, wenn man die heutigen Planzahlen zur Umrüstung betrachtet.

Hier schwelgt das Prinzip Hoffnung wieder mit, das alle Erwartungen sich erfüllen und wir zu einem Punkt gelangen, wo wir die Dunkelschaltung zurücknehmen können.

Ein anderes Projekt, was schon in 2004 gestartet wurde, ist die Beschilderung unserer Parkplätze.

Gemessen an den Kosten anderer Vorhaben, ist die Stadt nicht in der Lage ein paar Schilder zu errichten, um wesentliche Parkplätze auszuweisen.

Hier versteckt man sich hinter dem INHK und der Bürger amüsiert sich nur noch, wenn das Thema aufkommt.

Die Transparenz, ein Schlagwort das ich zu Beginn erwähnte.

Was ist damit gemeint?

Dieser HS wird uns allen vorgelegt, den Ratsmitgliedern und auch allen anderen Bürgern dieser Stadt.

Dann sollten diese Zahlen und Ausführungen aber auch so sein, das ein jeder verstehen kann was hier im Einzelnen dargestellt wird.

Das ist aber nicht der Fall!

Nehmen wir den Beschluss zur Modernisierung der Straßenbeleuchtung. Hier werden weit höhere Kosten aufgelistet, als zuvor im HS 2012 entschieden wurde, ohne einen jeglichen Kommentar.

Hier muss sich das Ratsmitglied selbst auf den Weg machen.

Oder nehmen wir die Projekte einzelner Sportvereine, hier wird eigentlich überhaupt nichts ausgeführt.

Von Transparenz seitens der Verwaltung kann man nicht sprechen.

Einzelmaßnahmen die für sich jeweils 200T€ Kreditaufnahme bedeuten und durch Zinsen, Tilgung und Laufzeit somit ca. 400T€ Steuerlasten auslösen.

Die Verwaltung sträubt sich bis zum heutigen Tag, Erklärungen und Darstellungen aus eigenem Antrieb vorzulegen.Mehr noch, diese Maßnahmen werden in dem Titel Transferaufwendungen versteckt.

Und wenn wir uns die Planzahlen der Zukunft ansehen, steigen die Kosten der Stadt um das 3fache. Dieser Umgang von der Verwaltung mit der Politik ist unerträglich und kann sich als Sand im Getriebe auswirken.

Wir wollen hier nicht die Begehren einzelner Vereine werten. Jedoch hätten wir mehr Offenheit der Verwaltungsspitze erwartet.

Es wird nur das gereicht, was erfragt wird. Zusagen und Rahmenbedingungen die mit den Vereinen besprochen werden, bleiben der Politik verborgen.

Zusagen macht nicht die Verwaltung, Zusagen macht immer noch der Rat und hierzu sind auch entsprechende Informationen von Verwaltung und Vereinen notwendig.

Das bisherige ist auf keinen Fall der Weg der Zukunft, das fällt Ihnen Herr Bürgermeister noch auf die Füße.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zum Thema Wirtschafts- und Tourismusförderung sagen.

In der jüngsten Vergangenheit wurde der Rad-Gehweg auf der alten Bahntrasse in Betrieb genommen.

Eine Maßnahme die aus der Regionale 2010 geboren wurde.

Nach anfänglicher Kritik, erfreuen sich viele Bürger aus W`fürth an dieser Möglichkeit der Freizeitnutzung.

Verbunden ist dies mit der Hoffnung an weiteren Besuchern aus Nah und Fern.

Um aber W`fürth als Ausflugsziel zu platzieren, ist noch mehr notwendig.

Wanderwege und Wirtschaftswege sind Instand zu halten und zu verbessern.

Hier wurde bislang wenig unternommen, unsere Aufgabe muss es sein das Gesamthafte weiter zu entwickeln. Stückwerk ist fehl am Platz.

Ein noch größeres Problem wird die Entwicklung von Gewerbeflächen sein.

Trotz Ausweisungen im FNP tritt W`fürth auf der Stelle. Dies nicht, weil wir alle dies nicht wollten_NEIN, weil die Eigentumsverhältnisse derzeitig dagegen stehen.

Die Landwirtschaft beharrt auf ihre Flächen, der Privatmann beharrt auf seine Flächen und die Stadt hat kaum Handlungsmasse um hier etwas zu bewegen.

Hier wäre ein intensiverer Kontakt zu den Eigentümern notwendig. Auch der Kontakt zu der Landwirtschaft ist wichtig und sollte verbessert werden.

Die WEG in Verbindung mit dem Wipp-Treff sollte hier einmal dieses Thema mehr verfolgen.

Abschließend bleibt uns der UWG nur die Hoffnung, dass die Zukunft besser und nicht schlechter wird. Das auch W`fürth nicht nur Ausgaben schmiedet, sondern auch rechtzeitig in der Voraussicht der Entwicklungen die Investitionen mit Bedacht und Nachhaltigkeit auslöst.

Gemäß dem Motto: „Die Hoffnung stirbt zuletzt!“ bedanke ich mich bei allen Zuhörern für Ihre Aufmerksamkeit und die UWG wünscht allen eine gute Zukunft.

UWG Wipperfürth

Anlage 4

Haushaltsrede

des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Andreas Schmitz

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, verehrte interessierte Bürgerinnen und Bürger, verehrter Herr Bürgermeister (lieber Michael) und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung der Stadt,
Ich möchte mich in einem Dreischritt den aktuellen Fragen der Stadt und seinen Dörfern nähern, indem ich zu Beginn die Frage nach den gelungen Aspekten Wipperfürther Kommunalpolitik stelle. Anschließend die Frage, wo sind wir eigentlich positiv unterwegs, wo allerdings auch andererseits große Herausforderungen auf uns warten. Neben einer hoffentlich angemessenen Kritik mancher Entwicklungen möchte ich zum Abschluss auf den Kern meiner Rede kommen: Was sind eigentlich die Grundvoraussetzungen für jede positive Entwicklung auf kommunaler Ebene und in Wipperfürth.
Was läuft gut? - Das aus meiner Sicht herausragende Projekt der jüngeren Geschichte dieser Stadt ist die intensive interkommunale Zusammenarbeit mit Hückeswagen. Wer sich die Probleme der Städte und Gemeinden näher betrachtet wird feststellen, dass die großen Würfe zur Verbesserung der Situation über grenzüberschreitende Projekte denkbar sind. Wir werden nach Verwirklichung des gemeinsamen Bauhofs allerdings dem Bürger auch noch die Wahrheit sagen müssen, dass wir die Standards, also die liebgewonnenen Gewohnheiten an mehreren Stellen der kommunalen Leistungskette werden reduzieren müssen. Die anvisierten Kostenersparnisse sind tatsächlich zu realisieren. - Das Betonbauwerk des Bauhofes bedarf immer auch der Konzepte, der Kreativität und der Entschlossenheit in Politik und Verwaltung. Die Arbeit beginnt erst dann.
Komme ich zu einem wichtigen Standortfaktor, nämlich den MitarbeiterInnen. Grenzen überschreiten auch die MitarbeiterInnen in der Verwaltung, die zur Zeit durch intensive Analyse ihrer eigenen Arbeit mitunter heftig geprüft werden. Das in Arbeit befindliche Personalentwicklungskonzept trifft jedoch offensichtlich auch bei den Mitarbeitern in den Ämtern überwiegend auf positive Resonanz. Es wird dabei wichtig sein, dass die Personalvertreter und auch wir als Politik darauf achten, dass es nicht zu mehr Druck bei den Sachbearbeitern kommt und gleichzeitig fleißig neue Leitungsstellen und -ebenen eingeführt werden. - Wie es eben nicht gehen darf, kann man im schönen Kreishaus in Gummersbach beobachten. Druck für diejenigen, die die Arbeit machen und schöne neue Führungspositionen für verdiente oder parteimäßig gewogene Personen. Das gibt es auch im Jahr 2013 noch. In Wipperfürth wird daraus ein echter Prozess, der für viele Verbesserungen bringen wird, wenn wir die Sache, also z.B. Organisation, Fortbildung, Überarbeitung der eigenen Ziele und Konzepte uvm. in den Vordergrund schieben. Ich bin jedenfalls zuversichtlich.
Das Regionale Gebäudemanagement unter Herrn Persian ist jetzt wirklich gut aufgestellt und wir tun nun das, was man in den letzten 10 Jahren hätte machen müssen: Schäden feststellen, Sanierung rechtzeitig planen und angehen und den steigenden Energiekosten keine Blockadehaltung entgegen bringen, sondern mit zukunftsfähigen Konzepten antworten.
Weiterhin meine ich, dass die große Mehrheit hier im Rat und den Ausschüssen eher von einer guten Arbeitsatmosphäre sprechen würde. Insbesondere auf der Ebene der Fraktionssprecher hält sich das übliche Geplänkel in Grenzen. In letzter Konsequenz sind wir ja eben doch alle WipperfürtherInnen. Das eint. Dann kommt eine sachlich begründete Kritik eben nie verletzend beim Adressaten an. - Verbesserungspotential liegt eher in den vorhandenen Strukturen (zu große Ausschüsse, wenig Koordination durch

HFA oder mangelndes öffentliches Interesse und Transparenz der Diskussionen und Entscheidungen. Hier müssen wir besser werden. Gerade die etwas größeren Fraktionen sind hier besonders gefordert.
Um gleich an meinen letzten Punkt von oben anzuschließen muss ich doch etwas relativieren: Wir Grüne halten die aktuelle Behandlung des jährlich vorgelegten Haushalts für eine hart formuliert "Beschäftigungstherapie", die auch noch zeitlich kaum zu bewältigen ist. In Sachen Zeitpunkt, Zeitraum, inhaltliche Diskussion oder auch schlicht die Inhalte des Haushaltsbuches haben wir keinerlei Illusionen, dass das einen tieferen Nutzen für unsere Stadt hat. Sicherlich ist eine gewisse Kontrolle der Ansätze in den Budgets sinnvoll. Aber schon hier ist die Überforderung der meisten ehrenamtlichen Kommunalpolitiker erreicht. Statt in Fachausschüssen die konkreten Budgets hinsichtlich ihrer Ziele, Strategien, Kennzahlen zu entwickeln und zu hinterfragen, kommt alles auf einmal auf den Tisch. Eine öffentliche Beteiligung ist faktisch ausgeschlossen, so dass auch nur diejenigen von außen mit beraten bzw. Einfluss nehmen, die unmittelbar betroffen sind. Dass sich hier kein Bürger zeigt, ist vollkommen nachvollziehbar. Wir müssen hier besser strukturiert, transparenter und noch mehr an den Fachfragen hinter dem vielen Geld interessiert sein. Wenn man sich die von uns Fraktionen vorgelegten Anträge anschaut, stellt man fest, dass weit mehr als die Hälfte davon mit dem konkreten Haushalt nichts zu tun hat. Diese Anträge hätte man das ganze Jahr stellen können, indem man noch mehr in der Sache diskutiert hätte. Das war schon kritisch, gebe ich zu.
Im Grunde aber bleibe ich bei den positiven Momenten Wipperfürther Kommunalpolitik, wenn ich nun die Frage nach den zukünftigen Herausforderungen stelle: Im August diesen Jahres tritt der Rechtsanspruch ein und viele Plätze sind auch in Wipperfürth geschaffen worden. Ich spreche natürlich von den dringend auszubauenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Hätte man mich vor 10-15 Jahren gefragt, was ich von Betreuungsmöglichkeiten für Kleinstkinder halte, dann hätte ich sehr skeptisch reagiert. Das war allerdings noch zu einer Zeit, wo tatsächlich noch einige Bedingungen anders waren: Ein Hauptverdiener konnte damals doch noch überwiegend ein Familie alleine ernähren. Das ist, auch vor dem Hintergrund der sich auseinander entwickelnden Gesellschaft, heute nicht mehr möglich. 10 Jahre Lohnzurückhaltung , aber auch der Wille junger Frauen nach der Geburt ihres Kinder möglichst schnell wieder in den Beruf zu kommen, haben die Welt völlig verändert. Weiterhin haben sich die Erfordernisse der Wirtschaft (Mobilität, Flexibilität, Schichtarbeit/also die maximale Ausnutzung des eingesetzten Kapitals uvm.) stark verändert. Die Kapitalinteressen werden systematisch in den Vordergrund gestellt, häufig eben zu Lasten des Faktors Mensch. Ein guter Standort muss sich wohl oder übel diesen Entwicklungen anpassen. Das hat dann die große Politik entdeckt. Die CDU übrigens auch...etwas später. Seitdem investieren Städte und Gemeinden in diese Einrichtungen und erhalten doch wieder zu wenig Mittel, um diese Lasten zu schultern. Da man jetzt schon annehmen muss, dass es am Ende nicht reichen wird, wird man auch auf die Tagespflege besonders angewiesen sein. Aber auch ihre mögliche Flexibilität und die Chance, einzelnen Kleinstkinder den möglichen Stress in großen Gruppen in der festen Betreuung zu ersparen sind aus meiner Sicht ein Argument dafür, dass man hier genauer hinschauen muss. Bei dieser Gelegenheit muss sich die Politik wieder mehr im Klaren darüber sein, dass auch die stärkere Betonung von Bildung in diesen frühen Phasen das Thema Qualität in den Vordergrund schieben wird. Wir sollten jetzt damit beginnen, von einer rein quantitativen Betrachtung zu einer qualitativen Betrachtung überzugehen. Wir als Politik sollten uns mehr Gedanken zu dem Wie machen. Auch die Tagespflege ist in einem Gesamtkontext eines ganzheitlichen Kinderbetreuungskonzeptes zu entwickeln. Nehmen wir sie mit und in die Verantwortung.

Nach einem CDU-Antrag zu einer angestrebten Tempo-30-Zone in der Ulrichstraße in Wipperfeld, warte ich schon länger auf ein schlüssiges Konzept für angemessene Geschwindigkeitsregelungen in Wipperfürth. In einem Dorf findet man 30iger Zonen. In dem nächsten scheint die Zeit stillgestanden zu haben. Wie in den Siebzigern als man eindeutig den Fahrzeugen den Vorrang einräumte. Besonders kritisch sehen wir Grüne auch die sachlich nicht nachvollziehbare Regelung mit einer unsachlichen zeitlichen Begrenzung in der Kindergarten- und Schulstraße Lüdenscheider Straße. Alles in allem warten wir auf ein schlüssiges Ganzes. Bislang Fehlanzeige. Es kann aber auch sein, dass in dieser seltsamen Gesellschaft, in der Blitzerwarner häufig als etwas völlig Normales angesehen werden, der Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer doch nicht den Stellenwert hat. Es müssen erst schwere Unfälle passieren, Gott sei Dank in Wipperfürth bislang kaum, bis etwas völlig Einfaches unternommen wird. Im Auto sitzt es sich auch bei sehr niedrigen Geschwindigkeiten in einem Geländewagen warm und kuschelig. Also, nur Mut.
Nun werde ich das Wort als solches versuchen zu vermeiden. Ich spreche bewusst von der Bürgerstiftung "Wir Wipperfürther". Diese hat mehrere Säulen, von der Kultur für Erwachsene und Kinder bis hin zu Gewaltprävention. - Das wissen Viele nicht. Hierfür zahlt die Stadt einen Zuschuss, also eben nicht ausschließlich für die Kultureinrichtung Alte Drahtzieherei. Was noch weniger Menschen in Wipperfürth wissen ist, dass sich seit Monaten doch viel mehr BürgerInnen in dieser Stiftung engagieren. Das sind keineswegs irgendwelche abgehobenen Kulturjunkies, sondern die ganze Breite der städtischen Milieus. Die Einladung zur Mitarbeit steht und nur mit Kreativität lässt sich etwas bewegen. Deshalb auch meine Kritik an der Politik in Wipperfürth. Einerseits stehen auch wir Grüne dazu, dass man alles versuchen sollte, den städtischen Zuschuss zur Stiftung zu reduzieren. Das darf aber kein blinder Automatismus sein, sondern muss sich an den Inhalten und Erfordernissen orientieren. Hier habe ich den Verdacht, dass sich viel zu wenige Politiker mit dem eigentlichen Wert auch der Drahtzieherei im engen Sinne beschäftigt haben. Wir können doch nicht im Sinne einer Revision fordern, dass 36,50 € eingespart werden müssen, ohne dass wir diesem Geld den Nutzen gegenüber stellen. Die Forderungen von SPD, UWG und auch der CDU lehnen wir in dieser Form ab. Es bedarf der jeweils jährlichen Überlegung, was verkraftbar ist. Im Übrigen verlangen die wirtschaftsfreundlichen Parteien regelmäßig die Planungssicherheit für private Unternehmen. - Nichts ist schädlicher als unklare Verhältnisse für jedes Unternehmen. - Und das gilt eben auch für die Kultureinrichtung. Wir sollten uns dazu bekennen, dass mittelfristig eine Unterstützung erforderlich bleiben wird. Wenn man dann gleichzeitig die Akteure, und das ist bei weitem nicht nur der Geschäftsführer der GmbH, unterstützt und sich mit Kultur mal beschäftigen würde, dann sind wir auf einem richtigen Weg. Die Alte Drahtzieherei ist ein knallharter Standortfaktor, den wir im Mix eines Wirtschaftsstandorts Wipperfürth nicht übersehen sollten. Darüber hinaus tut Anerkennung für privates Engagement auch gut. Gestern noch im Wipp-Treff wurde eine attraktivere Stadt gewünscht, weil so Mitarbeiter zu halten sein werden.
Nach ein wenig Kritik, die bislang mitschwang, nun zu den dicken Klötzen: Eine Alkoholverbotszone, die dazu führt, dass man den Alkohol dann nun unmittelbar an den Grenzen dieser Verbotszonen zu sich nimmt, macht , liebe KollegInnen auch nicht den Hauch eines Sinns. Eine Ausdehnung auf das gesamte Stadtgebiet wäre die Verlagerung auf die Dörfer, oder was? Wir Grünen haben dem Prinzip Hoffnung folgend die Regelung mit verlängert. Wenn der Sommer hier keine Besserung bringt, muss dieses Verbot fallen. Das Problem liegt in der mangelnden Kontrolle und Durchsetzung besonders der Polizei. Das weiß jeder, aber alle tun so als ob ein zünftiges Verbot eine sinnvolle Politik wäre. Ist sie nicht und deshalb: Das Jahr 2013 sollte das Ende der Verbotszonen bringen. Statt dessen brauchen wir Verantwortung, eine gut ausgestattete Polizei und Freiräume für freie Bürger, die allerdings für ihr Handeln verantwortlich sind und verantwortbar gemacht werden.

Ich hatte oben bereits das Regionale Gebäudemanagement angesprochen. Beim Thema Energie hört in Wipperfürth die Kreativität auf. Was man immer schon gemacht hat, bleibt auch so. Es gibt in den öffentlichen Gebäuden der Stadt keine eindeutige Zuordnung von Verantwortung für diese Gebäude. Und dies ist das Grundübel neben der Tatsache, dass die Mittel zur Sanierung beschränkt sind. Aber wenn die Potentiale der heute vorhandenen Technik nicht genutzt werden und das Nutzerverhalten nicht entsprechend durch intelligente Anreizsysteme gesteuert wird, dann braucht man sich über noch viel zu hohe Energieverbräuche nicht wundern. Hier gibt es noch sehr viel zu tun. Der Ausbau der LED-Technik ist zu unterstützen, jedoch sollte der Fachausschuss darüber mit entscheiden können. Es bedarf harter Fakten, um hartes Geld ausgeben zu können. Die Einsparungen müssen die Betriebskosten und die Abschreibungen decken.
Ach ja. Beim Thema Energie fällt mir noch etwas ein. Sind es jetzt so ca. zwei Jahre her? Wohl jeder Wipperfürther wird damals an einen Aprilscherz gedacht haben: Da steht der Geschäftsführer der BEW, der Bürgermeister unserer Stadt und der anderen beteiligten Kommunen an der BEW und Aktive des Oberberger Klimabündnisses und verkünden was? Ja, nicht mehr oder weniger als die große Energiewende. Das Ergebnis? Es gibt kaum einen Energieversorger in kommunaler Hand, der so dermaßen inaktiv ist. Statt Sorgen um stark steigende Gas- und Strompreise unser BürgerInnen und nicht zuletzt der Unternehmen am Ort ernst zu nehmen und z.B. gemeinsame innovative Projekte zukunftsfähiger Energieversorgung aufzubauen, geht es weiter wie bislang. Es ist traurig und nichts ist schlimmer, als eine Ankündigungsrethorik, die sich als nicht glaubhaft herausstellt. Diejenigen Vertreter dieses Rates, die im Aufsichtsrat der BEW sitzen, sind für diese Geschäftspolitik mitverantwortlich. Beim Thema Energieversorgung liegt der Standort Wipperfürth zurück, auch wenn viele hier das nur an der jährlichen Dividende für die Stadt bemessen möchten. Sprechen Sie mit den Menschen und den Unternehmen.
Hierbei wird ein Großteil dieses hohen Hauses wohl nicht zustimmen, aber vielleicht dann beim nächsten Thema: Die Finanzsituation der Stadt. Sie ist und bleibt besorgniserregend und sie ist ohne Zweifel durch entscheidende politische Weichenstellungen in Bund und Land zu bewältigen. - Der Anteil echter Verschwendung hier vor Ort hält sich aus meiner Sicht in Grenzen. Wir benötigen seit sehr langer Zeit eine Föderalismusreform, die eben die Finanzen nicht ausschließt. Dafür sind die Verantwortlichkeiten klar geregelt. Einer der einflussreichsten Finanzpolitiker dieser Republik, also jemand der, wenn er denn die Probleme seiner Kommunen hier in Oberberg ernst nimmt, viel für uns tun könnte, bewegt sich seit Jahren nicht. Es ist aus meiner Sicht verfassungswidrig und ein Skandal, wenn die Bundesregierung sich damit brüstet, dass man bald einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen könne. Wenn man die Kommunen im Regen stehen lässt, ständig neue Aufgaben formuliert, die dann hier die finanzielle Schieflage erhöhen, dann kann ich das nur mit völliger Ahnungslosigkeit der BürgerInnen erklären, wenn man glaubt, dass dort auf der Bundesebene die Anständigen regieren. Das sind sie nicht. Und Hans-Peter Flosbach gehört zu ihnen. Liebe KollegInnen von der CDU, setzen Sie sich endlich für uns ein. Das heute hier vorliegende Haushaltsbuch dokumentiert über mehrere Seiten diese traurigen Tatsachen der Belastungen unserer Stadt.
Ich bleibe kritisch und doch habe ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass wir hier eine breite Einigkeit erreichen könnten. Jedem muss es aufgefallen sein, dass wirklicher Fortschritt für unsere Stadt immer dann erreicht wird, wenn die notwendigen Strukturen vorher geschaffen worden sind: Beispiele wie das Integrierte Handlungskonzept Innenstadt, Personalentwicklungskonzept, Interkommunale Zusammenarbeit, Regionales Gebäudemanagement zeigen es. Wollen wir etwas bewegen, müssen vorher organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden. Wollen wir dann noch eine hohe Qualität erreichen, bedarf es der Mitnahme und Unterstützung der potentiellen Akteure. Deshalb fordern wir Grüne ja auch, dass im Rahmen des Innenstadtkonzeptes bzw. dessen Umsetzung jetzt nicht nur die Mittel für den Beton freigegeben werden. Immerhin sollen rund 4,5 Mio. € in den nächsten Jahren in der Innenstadt investiert werden. Entscheidend für den Erfolg des Gesamtkonzeptes wird die systematische Unterstützung, Be-

gleitung und auch Motivation der real existierenden handelnden Personen dort sein. Wir müssen jetzt, wie es auch völliger Konsens im Arbeitskreis zu diesem Thema war, den Druck im Kessel halten. Statt jetzt erst mal zwei Jahre zu bauen, um dann die Händler und Eigentümer in der Innenstadt später wieder einzubeziehen, muss es jetzt darum gehen, ohne Unterbrechung am Standort Innenstadt für den Handel weiter zu arbeiten. Die Software und die Ideen zur Nutzung der mit viel Steuermitteln umgestalteten guten Stube der Stadt muss jetzt weiterentwickelt werden. Der Handel hat signalisiert, dass man auch seine Verantwortung sieht. Wir Grüne fordern, das es zu der auch im Konzept formulierten dringenden Überarbeitung des GMA-Gutachtens kommt. Dort wird eben nicht nur ein innenstadtrelevantes Sortiment formuliert, an dem man sich als Stadt und Politik auch gebunden fühlen sollte. Hier werden den Händlern sehr wichtige Grundlagendaten und Informationen über den Standort und die Nachfrage geliefert. Ich bitte Sie alle inständig jetzt nicht einen geringen fünfstelligen Betrag zu sperren bzw. nicht anzusetzen, der in Relation zu den Gesamtkosten sehr bescheiden ist. Der Arbeitskreis, der weiter offen für BürgerInnen sein sollte, muss aktiv bleiben. Die Strukturen eines Arbeitsgremium bringen hier den Fortschritt, den wir brauchen.
Und nun zu einem aus meiner Sicht noch vollkommen vernachlässigten Thema, welches ebenfalls dann einen großen Beitrag zu einem gelingenden Miteinander leisten kann, wenn die entsprechenden Strukturen geschaffen werden. Der schillernde Begriff des sog. "Demographischen Wandels" sagt viel und doch wenig. Er beschreibt zunächst nur, dass eine Gesellschaft in der Anzahl geringer und im Altersaufbau älter wird. Was aber sind die Aufgaben, die sich daraus ableiten? Richtig, eine Menge. Und doch reden wir nicht strukturiert darüber und auch nicht mit den Betroffenen, nämlich den Bürgerinnen und Bürger. Eine gewisse Ahnung, was alles damit verbunden ist, haben wir natürlich schon. Das spreche ich niemandem ab. Aktuell diskutieren wir in Ausschuss und Rat über den Schulentwicklungsplan, der einerseits deutlich zurückgehende Schülerzahlen ausweist, die durchaus Schulstandorte mittelfristig gefährden können. Andererseits formuliert der gleiche Plan auch auf Seite 10: "Diese sich weniger positiv darstellenden Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung könnten sich langfristig verfestigen. Sie können sich aber auch vor dem Hintergrund eines steten generativen Wandels in den einzelnen Siedlungsbereichen der Kommune mit einer ausgewogenen Wohnraumnutzung wieder verändern. ... Hierzu bedarf es dann allerdings auch der Investitionen in solche Infrastrukturen, die diesen Entwicklungsprozess vorbereiten und begleiten, wozu nicht zuletzt auch die Bildungseinrichtungen und -angebote einer Kommune gehören." Das heißt schlicht: Der plumpe Rückbau muss nicht sein. Im Gegenteil: Eine Strategie der aktiven Gestaltung, übrigens auch unter Zuhilfenahme von Fördergeldern, kann den Trend mittelfristig umkehren. Das muss unser Ziel sein, weshalb die Themen dörfliche Entwicklung, öffentliche Infrastruktur, Wohnraum, aber auch z.B. Tourismus, landwirtschaftliche Strukturen etc. auf die Tagesordnung müssen. Wichtig dabei ist, dass man als Ordnungskriterium für alle Fragen die jeweilige Ortslage in den Blick nimmt. Eine isolierte Diskussion von einzelnen Sachfragen, z.B. der Schulstandortfrage, greift zu kurz. Es muss die Frage gestellt werden, was Voraussetzungen sind, damit Standorte attraktiv bleiben bzw. werden. Auch hier: Fragen Sie mal ortsansässige Unternehmen, welche Bedeutung diese Thematik im Standortwettbewerb dort hat. Mir ist dabei insgesamt sehr wichtig, dass wir im Gegensatz zum Beispiel Integriertes Handlungskonzept Innenstadt (wo wir übrigens auch auf die Demographie reagieren), keine Millionen-Beträge in die Hand nehmen müssen. Das Ausmaß des bürgerschaftlichen Engagements ist groß und lässt sich m.E. durch geschickte Politik auch noch steigern. Ich glaube fest an die Bereitschaft der Menschen, sich einzubringen. Allerdings benötigen wir hier eine Politik und auch einen Bürgermeister, die bzw. der sich an die Spitze der Bewegung stellt. Wir brauchen dann die organisatorischen Voraussetzungen in Verwaltung und Politik. Deshalb unser Antrag, dass wir ein koordinierendes Arbeitsgremium an den Haupt- und Finanzausschuss andocken, welches dann auch offener Anlaufpunkt für die Bürgerschaft ist. Ich verweise auf den Antragstext. Glauben Sie mir. Es stecken große positive Potential in diesen Themen, wenn wir keine Angst

vor den Menschen haben. Was die Belastung der Verwaltung angeht sehe ich das Problem auch. Allerdings ist diese Thematik so wichtig für uns, dass wir hier ernsthaft prüfen sollten, ob eine projektbezogene Personalausweitung nicht vor der Kommunalaufsicht darstellbar ist. Jeder Cent, der hier investiert wird, ist eine sehr nachhaltige Investition in die Zukunft. Leider kann ich hier nicht die gesamte Thematik ausbreiten. Aber ein Blick nach Kreuzberg oder Thier zeigt heute schon, dass was geht. Andererseits sind die Bedarfe in anderen Ortslagen, auch städtisch geprägten, groß. Lassen Sie uns hier heute den richtigen Beschluss fassen und Sie werden sich wundern, wie viel Engagement mit wenigen Mitteln hervorgerufen werden kann.
Lassen Sie mich inhaltlich abschließend einen Vergleich anstellen: Wenn ich mich aktuell beruflich mit betrieblichem Qualitätsmanagement beschäftige, fallen mir ungeheure Gemeinsamkeiten mit den Voraussetzungen für Qualität in der Industrie und hier bei uns in der Kommune auf. Es ist eine anerkannte Selbstverständlichkeit, dass Qualität eben auch vom Mitarbeiter, also in unserem Fall hier in Wipperfürth von den Bürgern, in starkem Maße abhängig ist. Neben Prozessen und dem Produkt ist also der Faktor Mensch sehr entscheidend. Was tut aber betriebliches Qualitätsmanagement deshalb? Hier nur ein paar Stichpunkte: Fairness im Umgang miteinander, Ermutigungsphilosophie, Vertrauensförderung (Transparenz/Offenheit), Information der Mitarbeiter über Ziele und Entscheidungen, Beratung und Schulung, Organisierter Wissenstransfer und Beteiligung bei Zielformulierungen und Entscheidungen. Genau das brauchen für unsere Stadt und unsere Dörfer. Nehmen wir unsere Bürgerinnen und Bürger in diesem Sinne mit. Der Qualität zu liebe.
Abschließend danke ich für eine positive und konstruktive Zusammenarbeit mit den Fraktionen, dem Bürgermeister und der Verwaltung. Ich danke besonders den engagierten Kräften der Bürgerschaft in Vereinen, Bürgerstiftung, den Aktiven in Dorfentwicklungsprojekten und allen, die sich für Bedürftige einsetzen und das im Stillen tun.

Anlage 5

Haushaltsrede

des Vorsitzenden der FDP-Fraktion

Josef W. Schnepper

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Kolleginnen und Kollegen im Rat,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich möchte mich im Namen der FDP-Fraktion zunächst bei Rat und Verwaltung bedanken für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Ich wünsche mir, dass sie im neuen Jahr ebenso sachlich sein wird, auch wenn wir 2013 ein Wahljahr haben.

Wir freuen uns mit Ihnen darüber, dass sich die Haushaltssituation der Stadt Wipperfürth im letzten Jahr deutlich verbessert hat und sich diese Entwicklung in 2013 voraussichtlich fortsetzt. Ob das auch in 2014 und darüber hinaus der Fall sein wird, ist allerdings noch ungewiss.

Die erfreuliche Entwicklung des städtischen Haushalts resultiert vor allem aus der kräftig sprudelnden Gewerbesteuer. Sie ist kein Verdienst der Verwaltung oder gar der Lokalpolitik, sondern sie ist unseren heimischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern zu verdanken. Auch der Bundesregierung, der es trotz Eurokrise gelungen ist, für Deutschland vergleichsweise günstige Wirtschaftsbedingungen zu erhalten.

Die **Gewerbesteuer** macht zurzeit rund 35 % der städtischen Einnahmen aus, zusammen mit der anteiligen Einkommensteuer sind es sogar 54 %. Diese Zahlen zeigen, welche Bedeutung gesunde Unternehmen für unsere Stadt haben. Wir weisen als FDP immer wieder darauf hin, dass nicht nur die Firmen die in unserer Stadt ansässig sind, gepflegt und erhalten werden müssen. Das ist selbstverständlich wichtig, und daran wird gearbeitet. Noch wichtiger ist es, neue, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Das können wir tun, indem wir zum einen unseren erfolgreichen Firmen Expansionsmöglichkeiten vor Ort anbieten, zum anderen indem wir zusätzliche **Gewerbeflächen** bereitstellen, um neue Unternehmen nach Wipperfürth zu holen. Damit erreichen wir mehrere Ziele:

- Wir schaffen neue Arbeitsplätze,
- Wir bieten jungen Familien Einkommen und Lebensgrundlage in unserer Stadt,
- Wir beeinflussen den demographischen Wandel positiv,
- Wir generieren Einnahmen für den städtischen Haushalt.

Derzeit kann die Stadt investitionswilligen Firmen praktisch keine Flächen anbieten. Das ist ein Skandal! Die FDP-Fraktion wird sich weiter mit Nachdruck dafür einsetzen dass dem Thema Gewerbeflächen endlich die nötige Priorität eingeräumt wird. Das ist mit Bruchteil-Stellen in der Verwaltung unter dem Titel **Wirtschaftsförderung** und einer

halben Stelle bei der WEG nicht zu schaffen. Wir brauchen hier einen deutlich höheren personellen Einsatz, sei es verwaltungsintern oder extern.

Der Flächennutzungsplan der Stadt Wipperfürth muss nach unserer Meinung dringend überarbeitet werden. Die dort ausgewiesenen, aber nicht mehr verfügbaren Gewerbeflächen sollten aus dem FNP herausgenommen werden. Dafür müssen neue (und zusätzliche) Flächen für Gewerbe und Industrie ausgewiesen werden. Immer wieder angeführte Argumente, warum das **nicht** geht, lassen wir nicht mehr gelten, es muss jetzt gezeigt werden **wie** es geht und es muss gehandelt werden!

Gestern wurde in Gummersbach die gemeinsame **„Charta Gewerbe- und Industrieflächen Oberberg“** vom Landrat des Oberbergischen Kreises, den 13 Bürgermeistern sowie Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften unterzeichnet. Dieses Dokument, das auf Anregung der IHK zustande kam, ist ein Appell an die Landesregierung, den Kommunen geeignete Flächen für die gewerbliche Nutzung zu genehmigen. Das Papier beschreibt die kritische Situation im Kreis zutreffend und es enthält nach unserer Meinung gute Vorschläge. Diese müssen jetzt von den Kommunen nachgehalten und umgesetzt werden. Das gilt für Wipperfürth in besonderem Maße. Unsere Stadt gehört zu denjenigen Kommunen, die den dringendsten Flächenbedarf haben. Es muss jetzt gehandelt werden. Wir bleiben als FDP am Ball.

Im Januar 2012 hat der Stadtrat einstimmig einen Antrag der FDP-Fraktion verabschiedet, wonach im städtischen Haushalt ab 2013 alle wesentlichen **Finanz- und Erfolgskennzahlen** nach NKF aufgeführt werden sollten. Die Kennzahlen ermöglichen objektive Vergleiche der Haushaltsentwicklung im Zeitablauf, wie auch Vergleiche mit anderen Kommunen. Sie sind ein wichtiges Planungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrument.

Nun stellen wir aber fest, dass im Haushaltsplan 2013, so wie er uns vorliegt, nur 6 der 18 vom NRW-Innenministerium geforderten Kennzahlen ausgewiesen sind. Das ist bedauerlich. Die Verwaltung begründet es damit, dass noch keine verlässlichen Daten der letzten Jahre vorliegen. Das wiederum liegt daran, dass eben diese Verwaltung bisher nur für das Jahr 2007 einen **testierten Jahresabschluss** nach NKF vorlegen konnte. Alle nachfolgenden Jahre sind „vorläufig“ und noch mit Unsicherheiten behaftet. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern ein Unding. Das sollte sich mal ein privates Unternehmen erlauben! Wir werden der Kämmerei in dieser Sache auf den Fersen bleiben.

Die Kämmerei hat in diesem Jahr ein **Haushaltssicherungskonzept** vorgelegt, das einen ausgeglichenen Haushalt ab dem Jahr 2017 vorsieht. Diese Planung erscheint realistisch. Wir gehen davon aus, dass das Konzept von den Aufsichtsbehörden genehmigt wird. Langfristiges Ziel muss es aber sein, dauerhaft aus der Haushaltssicherung herauszukommen, damit unsere Stadt ihre Handlungsautonomie zurückgewinnt. Wenn die Konjunktur und die guten Ergebnisse unserer Unternehmen auf heutigem Niveau bleiben, könnten wir dieses Ziel schon früher als geplant erreichen.

Die von den Fraktionen eingebrachten Kürzungsvorschläge zum Haushalt wird die FDP zum größten Teil mittragen. Selbstverständlich muss weiter konsequent gespart werden, aber nicht um jeden Preis. Vorrang bei der Haushaltssanierung hat für uns die Einnahmenseite.

In wirtschaftlich und sozial „rentable“ Projekte müssen wir aber weiter investieren. Zu den **wirtschaftlich rentablen** Projekten gehören für uns die angesprochenen Investitionen in neue Gewerbegebiete, die personelle Aufstockung der Wirtschaftsförderung, die zügige Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts und damit die Aufwertung der Innenstadt, der neue interkommunale Bauhof.

Die Umrüstung der der **Straßenbeleuchtung** auf LED-Technik sollte dagegen selektiv und zeitlich gestreckt erfolgen. Grundsätzlich befürworten wir das Projekt, aber die Wirtschaftlichkeit jeder Einzelmaßnahme muss nachgewiesen sein. Hierzu haben alle Fraktionen einen gemeinsamen Antrag vorgelegt.

Als **sozial „rentable" Projekte** sehen wir vor allem Investitionen in unsere Bildungsinstitutionen Kindergärten und Schulen, (U3-Plätze in Kitas, sinnvolle Umsetzung der Inklusion, moderne Klassen- und Arbeitsräume in Schulen, Ausrüstungen wie Smartboards, Arbeitsmaterial für MINT-Fächer, Kantinen, Aufenthaltsräume) und auch die Sanierung der Mühlenberghalle.

Dazu gehören aber auch: Außerschulische Freizeit- und Aufenthaltsmöglichkeiten für unsere Jugendlichen wie Skaterbahn, Jugendcafé, Plätze zum „Abhängen".

Den Bau neuer **Sportplätze** in den Dörfern unterstützen wir. Aber angesichts der hohen Kosten müssen wir angemessene Eigenleistungen der Vereine einfordern. Dabei muss auf Gleichbehandlung geachtet werden. Wir plädieren für einen Zuschuss pro Verein in Höhe von 50% der Investition, maximal jedoch € 200.000.

Die Subventionierung der **Alten Drahtzieherei** halten wir – bei aller Wertschätzung für diese Institution – für zu hoch. Sie muss begrenzt werden. Wir unterstützen hier den Vorschlag, zunächst einmal € 20.000 zugunsten des Haupt- und Finanzausschusses zu sperren.

Zu den wirtschaftlich „rentablen" Investitionen rechnen wir aber auch eine weniger populäre Aufgabe, nämlich die laufende Instandhaltung unseres **Kanalnetzes**. Sie findet im Untergrund statt und wird von den Bürgern kaum wahrgenommen. Aber das Kanalnetz ist mit einem Bilanzwert von € 43,2 Mio. die größte Position im städtischen Anlagevermögen. Dieses Vermögen muss erhalten und gepflegt werden. Heute unterlassene Instandhaltungen machen sich schon nach wenigen Jahren durch vielfach höhere Sanierungskosten bemerkbar. Wir halten Kürzungen oder Haushaltssperren in diesem Bereich nicht für sinnvoll. Im Übrigen ist die Stadtentwässerung einer von nur zwei Produktbereichen im Haushalt, die kostendeckend arbeiten. Das soll auch so bleiben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt ansprechen: Unsere städtischen Außenbezirke, speziell die **Kirchdörfer**. Sie sind Wohngebiete und Lebensräume, aber auch Wirtschaftsräume. Rund 45 % der Wipperfürther Bürger wohnen in unseren Außenbezirken Zum großen Teil arbeiten sie auch vor Ort. Und sie sind Steuerzahler.
Wir beobachten in den letzten Jahren eine Entwicklung, die Anlass zur Sorge gibt:

- Schließung einer Grundschule,
- Wegfall von Einkaufsmöglichkeiten,
- Rückzug von Post- und Bankfilialen,
- Erschwerung von privaten Bauvorhaben.

Diese Trends, wenn sie sich fortsetzen, werden zu einer Beschleunigung der negativen demografischen Entwicklung führen. Die Außenbezirke geraten gegenüber der Innenstadt zunehmend ins Hintertreffen. Wir meinen, dem muss entgegen gesteuert werden. Wir appellieren an die Verwaltung, die Bemühungen der Bürgervereine zu unterstützen und ihnen bei der Erstellung von Dorf-Entwicklungskonzepten und der Beantragung von Fördermitten zu helfen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

1.5.2 I. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
Vorlage: V/2012/924

Beschluss:

Die I. Änderungsverordnung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen wird in der als Anlage 1 beiliegenden Fassung *) beschlossen.

*) = siehe Anlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anlage zu TOP 1.5.2

I. Änderungsverordnung
zur Ordnungsbehördlichen Verordnung der Hansestadt Wipperfürth
über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen vom __.__.2013

Aufgrund des § 6 Abs. 1 und Abs. 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW) in der aktuellen Fassung hat der Rat der Hansestadt Wipperfürth in seiner Sitzung am 31.01.2013 folgende I. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen beschlossen:

Artikel I

Die Ordnungsbehördliche Verordnung der Hansestadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen vom 23.03.2007 wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 Ziffer 2) erhält folgende Fassung:

„an jedem dritten oder vierten Sonntag im September, in Verbindung mit dem Stadtfest“

Artikel II

Diese Änderungsverordnung tritt eine Woche nach dem Tag ihrer Verkündung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende I. Änderungsverordnung der ordnungsrechtliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen Sonntagen wird hiermit in vollem Wortlaut öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Verordnung nach Ablauf eines Jahres nicht geltend gemacht werden kann, es sei denn:

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
b) diese Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hansestadt Wipperfürth vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wipperfürth, den

Hansestadt Wipperfürth als örtliche Ordnungsbehörde
Der Bürgermeister

Michael von Rekowski
(Bürgermeister)

1.6 Anfragen

1.6.1 Sportstätten;
Anfrage des Ratsherrn Harald Koppelberg / UWG-Fraktion, vom 16.01.2013
Vorlage: F/2013/140

Die schriftliche Antwort der Verwaltung und die Anfrage waren Bestandteile der Einladung.

Ratsherr **Koppelberg** ist der Auffassung, dass alle für die Ratsarbeit erforderlichen Auskünfte in Bezug auf die Umgestaltung der Sportplätze immer nur auf Anfragen der Mandatsträger hin erteilt würden. Die Verwaltung habe hier auch eine Bringschuld dem Rat gegenüber. Das Thema der Kunstrasenplätze sei nicht vernünftig mit der Politik kommuniziert worden. Derartige Maßnahmen müssten nicht nur in Form von Zahlen im Haushaltsbuch dargestellt werden, sondern auch in einem echten Dialog mit der Politik erörtert werden. Es bedürfe dazu eines größeren gegenseitigen Austauschs von Informationen.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt hierzu, das Informationsmanagement der Verwaltung sei sicherlich in einigen Bereichen noch verbesserungsfähig. Es gebe eine Informationspflicht der Verwaltung, aber auch eine Pflicht der Mandatsträger, sich bei Bedarf Informationen einzuholen. Dabei reichten oft Emails oder Anrufe, um die gewünschten Informationen zu erhalten.

Das Thema Kunstrasenplätze sei in allen Fällen von den betroffenen Vereinen an die Stadt herangetragen worden. Ausnahmslos hätten die Vereine qualifizierte Konzepte erarbeitet und zu Informationsabenden und Gesprächen eingeladen. Von der Planung und Realisierung des ersten Kunstrasenplatzes an sei klar gewesen, welche grundlegenden Lösungs- und Finanzierungsansätze es gebe. Die Zusammenarbeit mit allen betroffenen Sportvereinen sei vorbildlich gewesen.

1.7 Anträge

1.7.1 Beratungsgremium / Arbeitskreis für Fragen des demografischen Wandels; Schmitz, Andreas / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom 16.01.2013

Vorlage: A/2013/123

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung, gegebenenfalls mündend in eine Beschlussempfehlung an den Stadtrat, an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

****

Der schriftliche Antrag des Ratsherrn **Schmitz** sowie die Stellungnahme der Verwaltung einschließlich Anlage waren Bestandteile der Einladung.

Ratsherr **Schmitz** begründet den Antrag auch mündlich und erklärt sich mit der Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss einverstanden, der ja auch eine koordinierende Funktion habe.

1.8 Mitteilungen

1.8.1 Sachstandsbericht zur Sanierung der Dreifachturnhalle Mühlenberg

Vorlage: M/2013/132

Die umfangreiche schriftliche Mitteilung der Verwaltung nimmt der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis.

Ergänzend teilt die Verwaltung mit, dass Herr Persian an allen Sitzungen teilnehmen wird, in der die Realisierung des Hallensanierungs-Projektes Beratungsgegenstand ist. Ratsherr **Koppelberg** hält es für bemerkenswert, dass der Architekt nicht zu einem früheren Zeitpunkt mitgeteilt hat, dass jetzt doch auf den Erhalt des Hallenbodens verzichtet werden soll.

1.8.2 Neue beratende Mitglieder der Gerichtsbarkeit im Jugendhilfeausschuss

Vorlage: M/2013/130

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Haupt und Finanzausschuss ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

2 Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski - Bürgermeister -	Reinhard Breuer - Schriftführer -